Einzelpreis 3,— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juli 48,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 88,— M., für das übrige Ausland 116,— M.
Verl. u. Exped. Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I. Tel. Moabit 2021.

Dienstag, den 11. Juli 1922

5. Jahrg. Nummer 267

Die achtgespaltene Kompareillezeile oder deren Raum kostet 20,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 2,— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M. jedes weitere Wort 1,50 M.
Redaktion: Fernsprecher Mpl. 4167, 4391, u. 159 97.
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Republik triumphiere endgültig . . .

Ein Appell der Gewerkschaftsinternationale.

Kameraden!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat nach Kenntnisnahme der allgemeinen Lage in Deutschland mit Befriedigung festgestellt, daß die deutschen Arbeiterorganisationen entschlossen sind, mit äußerster Kraft sich dem Treiben der Reaktion zu widersetzen und die republikanische Verfassung zu verteidigen. Die deutsche Arbeiterklasse hat den festen Willen, die so teuer und schwer eroberten politischen und sozialen Freiheiten zu schützen und weiter zu entwickeln. Gegen die Reaktionäre jeden Schlages sind die deutschen Arbeiter entschlossen, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um die Eroberungen der Revolution zu schützen.

Mit Genugtuung hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes von dem allgemeinen Aktionsplan der deutschen Arbeiterschaft Kenntnis genommen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt sich rückhaltlos bereit, diesen Aktionsplan mit allen Kräften zu unterstützen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund weiß, daß die Niederlage der Arbeiter und der Demokratie in Deutschland die Niederlage der internationalen Demokratie bedeuten würde,

daß der Sieg der Monarchisten und Nationalisten der Triumph der Reaktion in allen Ländern wäre.

Gestützt auf die stolze Losung des Weltproletariats: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!", fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von allen seinen Anhängern eine aktive Solidarität während der bevorstehenden Ereignisse. Niemand darf gleichgültig bleiben angesichts des Kampfes, den das deutsche Proletariat wider die deutsche Reaktion zu führen hat. Der Weltfriede ist abhängig vom Ausgange dieses Kampfes. Der wirtschaftliche Fortschritt steht auf dem Spiele.

Indem wir in dieser historischen Stunde von der deutschen Arbeiterschaft fordern, daß sie ihre Pflicht voll erfülle, gebietet es unsere Pflicht, auch die aktive Wachsamkeit aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen zu verlangen. Die Gemeinsamkeit des Ideals und der Ziele bedingt die gemeinsame Pflichterfüllung. Jeder verfolge mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland. Das deutsche Proletariat fühle sich umgeben von den Sympathien der Arbeiterschaft aller Länder. Jeder wirke darauf hin, daß die Politik der Regierung seines Landes nicht die Stellung der deutschen Reaktionäre stärke und die Bestrebungen der sozialen Demokratie Deutschlands fruchtlos mache.

Im Hinblick auf das allgemeine Vertrauen der arbeitenden Massen in allen Ländern und in dem tiefen Bewußtsein, daß ihr Kampf gleichzeitig der Kampf der Arbeiterinternationale ist, sind wir gewiß, daß die deutschen Proletarier den Sieg werden gewinnen können.

Die Republik triumphiere endgültig über die monarchistische Reaktion! Jeder sei stark! Ein jeder zeige sich der Gefahr gewachsen!

Das deutsche Proletariat hat das Recht, die Hilfe der Internationale zu beanspruchen, so wie das internationale Proletariat berechtigt ist, von ihm zu verlangen, daß es keine Schwäche zeige in dem Kampf zwischen den Mächten des Fortschritts und denen der Knechtung, in dem Kampfe zwischen der Vergangenheit und der Zukunft.

Unterstützt durch die Solidarität der Internationale werden die Proletarier Deutschlands siegen!

Berlin, den 9. Juli 1922.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes

gez. L. Jouhaux. Th. Leipart. C. Mertens. Edo Fimmen. J. Oudegeest."

Die SPD. gegen die Deutsche Volkspartei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montagnachmittag eingehend mit der gegenwärtigen politischen Lage. Nach einem Referat des Genossen Hermann Müller und einer kürzeren Debatte wurde folgender Beschluß angenommen:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß die zum Schutz der Republik zu beschließenden Gesetze nur von einer entschiedenen republikanischen Regierung durchgeführt werden können. Die Deutsche Volkspartei hat bis in die letzte Zeit in ihrer Bekämpfung einer Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendige Rücksicht auf das Interesse des Staats und die Bedürfnisse der breiten Volksmasse vermissen lassen. Sie hat noch nach der Ermordung Rathenaus die Vorlage über die Getreideumlage abgelehnt. Unter diesen Umständen würde die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition bei den breitesten republikanischen Massen das Vertrauen in die Absicht der Regierung, die Gesetze zum Schutze der Republik energisch durchzuführen, aufs tiefste erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage."

Aus dem Bericht ist leider nicht ersichtlich, ob dieser Beschluß einstimmig gefaßt wurde. Wie wir hören, soll eine Anzahl von SPD.-Abgeordneten dagegen gestimmt haben, eine Tatsache, die beweist, daß es auch bei den Sozialdemokraten immer noch unbelehrbare Leute gibt, die ebensowenig die Zeichen der Zeit verstehen, wie Zentrum und Demokraten.

Die Demokraten sind also nicht nur unzuverlässige Bundesgenossen im Kampfe zur Sicherung der Republik, sondern ebenso unzuverlässig in dem Schutz für die Interessen der großen Masse der minderbemittelten Bevölkerung.

Echt demokratisch.

Mit Recht fragt die „Frankfurter Zeitung": Welches ist nun die Politik der Demokratischen Partei? Diese Frage gilt aber nicht nur für die Stellung der Demokratischen Partei zum Schutzgesetz, sondern auch zu allen wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der letzten Zeit im Reichstag beraten wurden. Besonders aber gilt das für die Stellung der Demokratischen Partei zur Getreideumlage. Bei der Abstimmung über dieses Gesetz, das den Wucher bekämpfen und den Zusammenbruch der Brotversorgung verhindern sollte, stimmten von den 40 demokratischen Reichstagsabgeordneten noch nicht die Hälfte, nämlich 18 mit Ja. 5, die Abgeordneten Dr. Böhme, Dietrich-Baden, Herrmann-Reutlingen, Kerchbaum und Liese mit den Deutschnationalen gegen die Getreideumlage und 17 hatten nicht den Mut, mit Ja noch Nein zu stimmen. Dazu gehörten die Abgeordneten Gothein, Fischer-Köln, Külz-Zittau, die sich nebst anderen ihrer Gesinnungsgenossen vor der Abstimmung aus dem Saal entfernten.

Weitere Verbote.

Braunschweig, 10. Juli. Auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik hat das Staatsministerium sämtliche im Freistaat Braunschweig bestehenden Gruppen der Deutschsozialen Partei aufgelöst und verboten.

Generalstreik-Gerüchte.

Ein Aufruf der Reichsleitung der Demokratischen Partei wendet sich gegen die in einzelnen Landesteilen geplanten Generalstreiks und Teuerungskundgebungen. In dem Aufruf heißt es: Wer sich an Kundgebungen dieser Art beteiligt, entfernt sich von der demokratischen Staatsauffassung und dient der Gewaltpolitik, die letzten Endes immer reaktionär ist. Wir ersuchen alle demokratischen Republikaner, jede Beteiligung an solchen Kundgebungen abzulehnen. —

Diese Meldung zeugt zum mindesten von einer starken Nervosität bei den Demokraten, die darauf schließen läßt, daß sie sich der Folgen einer schwankenden und zweifelhaften Rolle in der jetzigen Krise wohl bewußt sind. — Im übrigen sind für einen eventuellen Aufruf zum Generalstreik allein die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zuständig und alle von anderer Seite kommenden Meldungen über Generalstreiks und anderen Aktionen beruhen auf bloße Gerüchte. Da solche von bestimmten Leuten bewußt ausgegeben werden, weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß gerade in der jetzigen Zeit einzig und allein nach den Weisungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände und den beiden sozialistischen Parteien zu verfahren ist.

Französisch-russische Spannung in Haag.

EP. Haag, 10. Juli. Die französische Delegation hat keinerlei neue Weisungen aus Paris erhalten. In Kreisen, die der französischen Delegation nahestehen, erklärt man, daß die Russen ihre Absichten bereits zur Genüge kundgegeben hätten, keinerlei zweckentsprechende Resultate der Haager Konferenz zustandekommen zu lassen. Deshalb sei man überzeugt, daß die nicht russischen Sachverständigen die von den Russen offensichtlich bevorzugte Methode, die Debatten ins Uferlose hinauszuziehen, ablehnen würden. Je länger diese Verhandlungen dauerten, desto mehr würden sie dem Interesse und der Würde der europäischen Staaten schaden. Die französischen Delegierten würden deshalb an die Gefühle der übrigen Sachverständigen appellieren.

Ende des Metallarbeiterstreiks in Italien. Am Montag, den 10. Juli, ist die Arbeit in allen Betrieben der Metallindustrie in Rom und Turin, mit Ausnahme von vier Fabriken, wieder aufgenommen worden.

Finanzreform!

Die Notwendigkeit der Markfestigung.

Von Prof. C. Ballod.

Der Dollar steht auf 550 M. Das bedeutet, daß eine Mark nicht mehr einen Pfennig wert ist, denn der Dollar stand bei der Goldparität der Mark auf 421 Pfennige. Seit dem 15. Mai d. J. ist der Dollar um über 60 Prozent gestiegen. Die Lebensmittelpreise sind aber noch schneller gestiegen. Das bedeutet, daß von neuem eine Periode furchtbarer Lebensmittelnot und als Folge heftige Lohnkämpfe ausbrechen müssen. Die Forderungen der Buchdrucker um eine Lohnerhöhung von 300 M. die Woche sind durch die Markentwertung bereits überholt. Als ein kleiner Trost kann für den Arbeiter gelten, daß das Umlage-Kompromiß, das Hinaufsetzen des Brotkornpreises im Inlande auf 6000 M. für die Tonne durch die Valutaentwertung der letzten 10 Tage seit Rathenaus Tode ebenfalls überholt ist.

Warum stürzt die Valuta andauernd, warum steigen die Preise? Die Antwort der deutschnationalen Presse lautet: Der Feindbund ist schuld! Er hat Deutschland so hohe Zahlungen auferlegt, daß Deutschland sich nicht leisten kann; der fortdauernde Zwang zur Beschaffung von Golddevisen führt zu Deutschlands Bankerott. Das ist nicht unrichtig, aber es ist nicht die volle Wahrheit. In Deutschösterreich ist die Valuta völlig zusammengebrochen, obgleich Oesterreich der Entente nichts bezahlt hat. In Deutschland wie in Oesterreich haben die vor wie nach dem Kriege mächtigsten Gesellschaftsschichten, die Großindustriellen (einschließlich Großhändler, Großbanken) und Agrarier das lebhafteste Interesse am Sinken der Valuta. Denn sinkende Valuta bedeutet 1. sinkenden Reallohn. Zwar erkämpfen sich die Arbeiter ab und zu unter furchtbaren Opfern Lohnerhöhungen, aber das weitere Sinken der Valuta macht diese Lohnerhöhungen schnell weit — der Kreislauf der Einschnürung der Lebensbedürfnisse und der Lohnkämpfe beginnt von neuem. Die Löhne hinken stets der Valutaentwertung um ein Beträchtliches nach! Daher das Interesse an der Entwertung. Es besteht aber noch ein zweites Interesse: die Abstoßung von Schulden, das insbesondere bei der Landwirtschaft die ausschlaggebende Rolle spielt. Die deutsche Landwirtschaft hat ihre Vorkriegsschulden im Betrage von annähernd 25 Goldmilliarden Mark mit einem Butterbrot bezahlt, dafür allerdings vielfach neue, hohe Schulden gemacht. Sinkt nun die Valuta weiter, so werden auch diese neuen Schuldverschreibungen zur Makulatur . . . Die Lebensmittelpreise haben längst den Weltmarktpreis erreicht. Großhandel und Großindustrie haben noch ein drittes Interesse: Die völlige Enteignung des Mittelstandes durch Aufkauf von Häusern, kleineren Fabriken, Zeitungen usw. Der Mittelstand, insbesondere die kleinen Rentiers, begreifen es immer noch nicht, daß es ihnen an den Kragen geht; sie schwören in steigendem Maße zur deutschnationalen Fahne, denn so will, so lehrt es die Stinnespresse . . . Anstatt eine Partei der Depossedierten zu bilden, hält der Mittelstand zu seinen Todfeinden. Die Psychologie ist stärker als die Vernunft.

Arbeiterschaft und Mittelstand haben das größte Interesse an einer Stabilisierung der Valuta. Sie können sie nicht durchsetzen, weil sie gespalten sind: Der Mittelstand schwört zur Fahne seiner „Expropriateure". Das größte Interesse an einer stabilen Valuta hat aber auch der Staat. Denn alle Steuern, direkte wie indirekte, werden illusorisch bei sinkender Valuta. Ob man an Einkommen-, an Vermögens-, an Erbschaftssteuer, an Zwangsanleihe denkt: Der Staat kann da nur nach dem Geldwert einer abgelaufenen Periode die Steuern einziehen. Sie werden durch das Sinken der Valuta zu einem bloßen Bruchteil der ursprünglichen Veranlagung. Günstiger liegen die Dinge bei den indirekten Steuern dann, wenn sie, wie bei der Kohlen- und der Umsatzsteuer, einen bestimmten Prozentsatz des jeweiligen Verkaufspreises ausmachen. Aber diese Möglichkeit ist ja in Deutschland eben nur bei den rationellsten indirekten Steuern, der erwähnten Kohlen- und der Umsatzsteuer ausgenutzt. Die anderen indirekten Steuern, insbesondere die auf Genußmittel, haben feste Sätze. Diese werden zwar von Zeit zu Zeit erhöht, aber doch in der Regel erst dann, wenn ihr Ertrag gänzlich zu einer lächerlichen Farce geworden ist.

Und auch die Erhöhung ist alsdann eine lächerliche Farce. Die Erhöhung der Zuckersteuer von 14 M. auf 50 per Doppelzentner bedeutet in Wirklichkeit eine Herabsetzung der Steuer von 14 auf ½ Goldmark, die Erhöhung der Biersteuer auf 50 M. je Hektoliter eine Herabsetzung der früheren Steuer auf ein Zehntel. Den Profit bei diesem famosen Sachverständigen-Steuermodus haben Großhandel und Zwischenhandel, beileibe nicht der Konsument. Das „Bereichert Euch" ist mehr als je die Devise. Gut Wetter für Schieber und Gewinnler. Der alte, anständige, gebildete Mittelstand versinkt, der Schieber kommt auf den Thron.

Um Arbeiterschaft und Mittelstand von der Einsicht der

Wichtigkeit der Valutasanierung abzubringen, hat man sich die Theorie ausgedacht, das Interesse der Arbeiterschaft verlange die sinkende Valuta, denn nur bei einer solchen könne Deutschland auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleiben. Bei stabiler Valuta würden sich die Verhältnisse ausgleichen und die Folge wäre eine furchtbare Arbeitslosigkeit auch in Deutschland. . . . Die Wahrheit ist, daß Schieber und Gewinnler die Todesangst haben, daß bei einer stabilen Valuta das deutsche Volk die alten Löhne zurückfordern könnte, und daß damit ihre Uebergewinne in die Brüche gehen würden. Uninteressierte Sachkundige verweisen darauf, daß vor dem Kriege Deutschland bei hoher Valuta sehr konkurrenzfähig war! Die Konkurrenzfähigkeit mag jetzt noch erhöht sein — auf Kosten der Lebenskraft des deutschen Volkes. Der Lebensmittelkonsum ist nämlich bedenklich eingeschrumpft. Der Fleischkonsum, von jeher der beste Maßstab des Volkswohlstandes, ist auf die Hälfte gesunken! Es ist wirklich höchste Zeit, daß der chronische Hungerzustand des deutschen Volkes behoben wird. Die Unternehmer klagen freilich, daß die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters als Folge des Achtstundentages so sehr zurückgegangen sei, daß die Konkurrenz auf dem Weltmarkte erschwert wäre. Leider hat weder Regierung noch haben Unternehmer exakte Untersuchungen und Beweise geliefert. Die Tatsache der Minderleistung ist gewiß nicht zu bestreiten. Diese ist aber doch in erster Linie eine Folge der Unterernährung, nicht des Achtstundentages! Und es kommt doch darauf an, wie hoch die Leistung in Arbeitseinheiten ist, gemessen am Reallohn bzw. am Goldlohn! Und da ist nicht ein Absinken, sondern eine bedeutende Erhöhung sicher. Die um 40 Proz. angestiegene Arbeiterschaft bei den Eisenbahnen empfängt, in Gold gerechnet, um 30 Proz. weniger Lohn als vor dem Kriege. Die Gesamtleistung der Eisenbahnen steht nur noch um 10 bis 15 Proz. hinter der Vorkriegszeit zurück. . . . Aehnlich werden die Dinge in den meisten Industrien liegen.

Gesetzt aber den Fall, die Stabilisierung der Valuta bringt wirklich die — vom menschlichen und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nur erwünschte Erhöhung der Lebenshaltung des deutschen Volkes, so braucht die Konkurrenzfähigkeit noch lange nicht auf dem Weltmarkte verloren zu gehen. Man braucht da nur zunächst an die realen Vorkriegstatsachen zu denken, die Erbitterung englischer Unternehmerkreise über die deutsche Konkurrenz. Heute kommt aber noch ein zweites hinzu. Wir haben in Deutschland die Wohnungen „bolschewisiert". Die städtischen Wohnhäuser hatten in Deutschland vor dem Kriege einen Wert von über 80 Milliarden Goldmark; der reine Mietwert betrug annähernd 4 Goldmilliarden. Dieser reine Mietwert ist heute auf 1 Proz. gesunken. Will man ihn nicht erhöhen — und geradet die heute in Deutschland mächtigen Kreise haben daran kein Interesse, so ist das allein ein so erheblicher Zuschußfonds zum Lohn der deutschen Arbeiter, daß die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte auf Jahrzehnte gesichert erscheint, auch wenn man anfängt, höhere Beträge als bisher für den Ersatz der unbrauchbar werdenden Wohnungen und für die Unterbringung des Bevölkerungszuwachses aufzuwenden. Für diese Art Bedarf muß natürlich eine hohe Mietsteuer eingeführt werden! Diese aber in vollem Maße erst, wenn der Arbeitslohn in Arbeitswerten gerechnet, annähernd auf den Vorkriegsbetrag gestiegen ist.

Eine Stabilisierung der Valuta ist heute ohne eine auswärtige Anleihe durchzuführen, sobald man mit den gegebenen Tatsachen rechnet, d. h. die Valuta zu dem heutigen tatsächlichen Kursstand von 1 Prozent stabilisiert. Der Goldschatz der Reichsbank in der Höhe von einer Milliarde bietet dann Deckung für 100 Milliarden Papier! Und gesetzt den Fall, es würden in solchem Falle 70 Milliarden an gehamstertem Papier auf den Markt geworfen, so soll man sich nicht schrecken lassen: diese 70 Milliarden werden von Industrie, Klein- und Großhandel sofort wieder unter Hingabe von Wechseln an die Reichsbank in den Umlauf gehen. Vor dem Kriege befanden sich für 2½ Milliarden deutsche Banknoten in Umlauf, heute werden wohl 150 Milliarden unterzubringen sein, sobald sie auf 1½ Milliarden reduziert sind.

Hand in Hand mit der Valutasanierung müßte freilich eine Finanzsanierung großen Stils gehen: durch Einführung von Monopolen auf Genußmittel anstatt der lächerlich niedrigen indirekten Steuern könnte man leicht 1 bis 1½ Goldmilliarden = 100 bis 150 Papiermilliarden ohne Preiserhöhung hereinbringen. Die irrationelle, die industrielle Produktion verteuernde und die Lebenshaltung erschwerende Kohlensteuer müßte freilich abgeschafft werden! Erst die Valutareform ermöglicht rationelle direkte Steuern: hohe Erträge sogar bei erheblich herabgesetzten Steuersätzen!

Der Marksturz und die Reaktion.

Aus den folgenden Auslandsstimmen wenig deutschfreundlicher Blätter geht deutlich hervor, daß die Entente die Feinde der Republik für ihre eigenen Feinde hält und das Vorgehen gegen die Monarchisten mit Sympathie begrüßt. Um so mehr Grund für die Reaktion, der Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen und ihren Kredit zu untergraben. Daß dies der Zweck des planmäßig herbeigeführten Marksturzes ist — wie wir bereits in unserer Sonntagsausgabe nachwiesen —, wird in der deutschen Bergwerkszeitung unzweideutig bestätigt:

„Was sagt die deutsche Schwerindustrie?"

Deutsche Bergwerkszeitung Nr. 158 vom 8. 7. 1922:

„In der Kursbewegung erblickt „man" die schärfste Verurteilung der Erfüllungspolitik, wele trotz allen Vorgängen der letzten Zeit auch die neueste Rate zahlen will (von der Red. unterstrichen). Manche Leute gehen in dieser Verwirrung nach der Reichsbank, aber gegenüber einem solchen Ansturm von Angst- und Spekulationskäufern ist auch sie ohnmächtig. Zu den höchsten Kursen soll sogar die Reichsbank gekauft haben, natürlich (von der Red. unterstrichen) für Reparationszwecke."

Deutsche Bergwerkszeitung Nr. 159 vom 9. 7. 1922:

„Die kräftige Erholung der Mark der New Yorker Nachbörse von 0,19¾ auf 0,21—0,21¼ = 473,50 M. für den Dollar führte zu einer großen Unsicherheit auf den bisherigen Märkten. Man begann hier für den Dollar mit 495 und trieb den Kurs herauf bis auf 535."

„Der heutige Tag zeigt übrigens erneut, daß der Druck auf den Markkurs in erster Linie von hier ausgeht und nicht vom Ausland" (von der Red. unterstrichen; vgl. „Freiheit" vom Sonntag). Nachdem erst die Berliner Börse infolge einer durch das Nichterscheinen der Blätter hervorgerufenen Nervosität von allen möglichen, inzwischen als unwahr erwiesenen Mord- und Generalstreikgerüchten sehr stark beeinflußt wurde, stellte sich auch in Stockholm, wie von dort gekabelt wird, eine Panik ein. Man wollte von einer Ermordung des Reichskanzlers Dr. Wirth wissen. Es wird Zeit, daß derartige Nachrichten an den Börsen kein Gehör mehr finden, zumal die Urheber durch die dauernde Wiederverbreitung Interesse an einer Verwirrung der Börse haben."

„Was sagt die Entente?"

Temps vom 30. 6. 1922:

„Der 25. Juni ist vorüber und die deutsche Republik lebt immer noch. Man hatte behauptet, sie würde zum Jahrestag des Versailler Vertrages gestürzt werden. Die Prophezeiung hat sich eigentlich nicht erfüllt (ne c'est pas précisément réalisée). Die Republikaner sind nicht mehr in der Defensive, die Republik hat die Offensive gegen ihre Feinde ergriffen, getragen vom Willen der Massen (d'une poussée populaire). Das ist das Ergebnis der Rathenau-Ermordung."

Economist vom 1. 7. 1922:

„Es ist kein Anhalt vorhanden für die Annahme, die Republik sei in Gefahr. Der Kapp-Putsch vom März 1920 hat den Weg gezeigt, den jede Konterrevolution gehen muß, aber für eine Wiederholung sind keine Anhaltspunkte gegeben; wäre selbst eine organische Monarchistenmacht vorhanden, so würde sie nicht mehr wie Kapp erreichen können gegenüber der großen Majorität, die ohne Zweifel republikanisch gesinnt ist, wenn sie auch nicht stets mit den üblichen Methoden zufrieden ist."

„Corriere della Sera" vom 10. 7.: Der im Marksturz zum Ausdruck kommende deutsche Pessimismus überträgt sich auf den ganzen Kontinent und seine Valuten. Die Erstarkung Deutschlands könne nur in einer Form erfolgen, die das gerade Gegenteil jenes Deutschland sei, das vom Kriege zerstört wurde. Deshalb habe auch Italien sehr großes Interesse daran, daß sich in dieser Krise die deutsche Demokratie unzweifelhaft behauptet, als die einzige für das neue Deutschland mögliche Form.

Der Bock als Gärtner.

Ueber die Tätigkeit der Deutsch-Volksparteiler dort, wo sie an Regierungsgeschäften teilnehmen, unterrichtet zur rechten Zeit eine Notiz unseres Braunschweiger Parteiblattes. Es heißt darin über das Wirken eines Ministers der Deutschen Volkspartei u. a.:

Kaefer regiert immer noch!

Wir haben die entschiedene Forderung nach dem Rücktritt des Ministers Kaefer erhoben! Wir haben den Arbeitern bewiesen, daß ihnen die Deutsche Volkspartei in den Rücken gefallen ist, als es sich darum handelte, die Forderungen des arbeitenden Volkes nach dem Schutz der Republik zu erfüllen.

Sie haben sich zum Schein auf den „Boden der gegebenen Tatsachen" gestellt, versuchen aber in Wirklichkeit alles zu hintertreiben und unmöglich zu machen, was für den Schutz der Republik nötig ist.

Wundert Ihr Euch noch über das mangelhafte Fortschreiten der Sicherungsmaßnahmen in Braunschweig? **Wundert Ihr Euch noch, wenn noch nicht der „Stahlhelm" verboten ist, wenn wir Euch heute sagen, daß Minister Kaefer zu den ersten hundert Mitgliedern des „Stahlhelms" gehört?**

Gibt es noch ein unehrlicheres Verhalten, als das Benehmen dieses Mannes, der vom Landtage beauftragt worden ist, die Republik zu schützen, und der dabei eine Stahlhelmgesinnung besitzt?!"

Die Braunschweiger „Freiheit" fordert die sozialistischen Parteien auf, den Rücktritt dieses Stahlhelmministers zu erzwingen.

Und mit solchen Leuten wollen Zentrum und Demokraten die Republik schützen!

Die Monarchistenkamarilla.

Säuberung der Auslandsvertretung unabweisbar.

Von nennenswerten Aenderungen im Beamtenkörper der deutschen Republik ist seit der Umwälzung im November 1918 wenig zu verspüren. In den Ministerien sitzen die alten Geheimräte und Ministerialräte, fast ausnahmslos eingefleischte Monarchisten. Ihre Vorliebe für das alte Regime bekennen sie nicht nur außerhalb des Dienstes, sondern auch im Dienst selbst, und die Kaiserbilder haben heute noch in den Amtsstuben einen bevorzugten Platz. Nur vereinzelt stößt man in den Ministerien auf einen Republikaner; namentlich gilt dies von den höheren Beamtenkreisen. Vergeblich aber wird man im Auswärtigen Amt nach Anhängern der republikanischen Staatsform suchen. Hier beherrschen die Monarchisten und Stockreaktionäre das Feld absolut. Und diese Herrschaft beschränkt sich nicht auf das Auswärtige Amt allein, sondern tritt auch bei den Auslandsvertretungen der Republik in Erscheinung.

Zwar gibt die Republik alljährlich Milliarden für die Wahrnehmung ihrer Interessen im Ausland aus, aber die mit republikanischem Geld bezahlten Auslandsvertreter erachten es für ihre Hauptaufgabe, die Republik herunterzureißen, das neue System lächerlich zu machen und die Tradition des alten Regimes hochzuhalten. Sie fühlen sich eins mit den Helfferich und Westarp, den Exponenten des deutschen Uebernationalismus und den geschworenen Feinden der Republik.

Beweise hierfür sind hinreichend vorhanden, und die Klagen über das antirepublikanische und monarchistische Auftreten unserer diplomatischen Vertreter im Ausland nehmen kein Ende. Wie sehr sich beispielsweise das Personal der deutschen Botschaft in Washington mit der deutschen Gegenrevolution solidarisch fühlt und wie eifrig sie deren Geschäfte betreibt, erhellt aus einem Zeitungsausschnitt, den uns ein Freund aus Milwaukee, Wis., sendet.

Die von der „Freiheit" Mitte des vorigen Monats gebrachte Meldung über die für Ende Juni ins Auge gefaßten Pläne zum Sturze der Republik war auch nach Amerika gemeldet und von der dortigen Presse veröffentlicht worden. Auch der „Milwaukee-Herold" hatte davon Notiz genommen und sich in seiner Ausgabe vom 28. Juni in einem Leitartikel dazu geäußert, nachdem er sich vorher mit der deutschen Botschaft in Washington in Verbindung gesetzt hat. Das bürgerliche Blatt, eine der größten deutschen Zeitungen in den Vereinigten Staaten, schreibt:

„Nun aber hat die deutsche Botschaft in Washington darauf aufmerksam gemacht, welche Bewandtnis es mit dem großen, auf den 28. Juni angesagten allgemeinen Monarchistenaufruhr in Deutschland tatsächlich hat. Es wird nämlich keinen Monarchistenaufstand geben, so versichert man in der Botschaft. Die Kabelklammern, die jetzt fast täglich in der Bundeshauptstadt einlaufen und über den bevorstehenden großen „Monarchistenputsch" berichten, gehen nämlich von der „Freiheit" aus, einem Blatt, das nach Angabe der deutschen Regierungsvertreter mit französischem Gelde finanziert ist (im Original fett gedruckt. Red. der „Fr."), meistens für die Kommunistenbewegung Propaganda macht, aber in bestimmten Zeiträumen einzig und allein für aufrührerische Zwecke, immer wieder den „Monarchistenputsch" vorschiebt. In Deutschland kenne man das Blatt, so heißt es (in der Botschaft. Red. der „Freiheit"), und man gebe deshalb nichts auf derartige Hetzartikel; aber wie große amerikanische Zeitungen, die doch alle Fazilitäten zur Verfügung hätten, solchen Unsinn bringen könnten, das verstehe man gar nicht."

Die Behauptung der deutschen Regierungsvertreter in Washington, die „Freiheit" sei mit französischem Gelde finanziert, ist eine solch bodenlose bubenhafte Gemeinheit, daß sie nur einem Scheinvertreter der Deutschen Republik zugetraut werden kann. Wir brauchen uns gegen solche Verdächtigungen nicht zu wehren, viel näher aber liegt der Gedanke, daß die Väter dieser parlamentarisch gar nicht zu qualifizierenden Verleumdungen von der Deutschen Republik zwar ihr durchaus nicht niedriges Gehalt beziehen, daneben aber — ob bezahlt oder unbezahlt sei dahingestellt — im Dienste der deutschen Gegenrevolution stehen. Die Ereignisse seit den ersten Veröffentlichungen der „Freiheit" Mitte vorigen Monats haben wahrlich hinreichend gezeigt, daß der Monarchistenputsch nicht ein Hirngespinst ist, sondern planmäßig von jenen Leuten betrieben wird, zu denen auch, nach den zitierten Auslassungen zu schließen, die Vertreter der deutschen Republik in Washington zu rechnen sind. Von der deutschen Regierung aber verlangen wir eine schleunige und unzweideutige Erklärung, wie sie sich zu den Verleumdungen, die aus der deutschen Botschaft in Washington stammen, stellt.

Die USPD. im „Franzosensold".

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Die Wahlen zum Landesrat des Saargebiets haben links- und rechtsrheinisch zu einer vergifteten Preßkampagne gegen unsere Partei geführt, die noch nicht abgeschlossen ist. Täglich ergeht sich die bürgerliche Presse in neuen Verleumdungen unserer Partei und das Ordinäre dabei ist, daß die Quelle aller Sudeleien Elemente sind, die alle Ursache hätten, für Selbstreinigung zu sorgen. Sie verbergen sich hinter Anonymität oder unter hochtrabenden Titeln, zu denen sie gar nicht legitimiert sind. So bringt die „Frankf. Ztg." am 5. Juli eine Meldung, die dem Wolffschen Bureau aus führenden Kreisen des Landesrates zugegangen sein soll. Das amtliche Bureau macht sich damit einer bewußten Unwahrheit schuldig, denn der Landesrat ist noch gar nicht zusammengetreten. Wer die führenden Kreise des Landesrates sein werden, steht also noch gar nicht fest, wohl aber können wir den Nachweis erbringen, daß der Anonymus, der seinen Schwindel durch das Wolff-Bureau in den bürgerlichen Blättern ablabet, ein ganz ausgesuchtes Lügenexemplar ist. So wird behauptet, daß die Saarländer USP. den bisherigen Führer der Kommunisten Waltz angenommen hätte, nachdem er von seiner Partei ausgeschlossen sei wegen Annahme von Schmiergeldern aus der französischen Propagandakasse. Demgegenüber steht fest, daß unsere Saarländer Genossen den Waltz gar nicht aufnehmen konnten, weil er seinen Beitritt niemals erklärte und andererseits der Beschluß vorliegt, ihn, selbst wenn er seinen Beitritt erklären sollte, nicht eher aufzunehmen, bis er sich von dem Verdacht gereinigt habe. Auf der gleichen Höhe steht die Behauptung, daß unsere Partei französische Politik treibe, weil die Saartribüne vorübergehend in Lohndruck von der Druckerei Scheel hergestellt wird, die auch den Saarkourier druckt. Der „führende" Schwindler des Landesrates weiß, daß alle Anstrengungen unsererseits gemacht werden, unser Blatt in der Druckerei des Genossen Sirius herstellen zu lassen. Die Maschinen sind bereits von ihm bestellt. In unserer Presse hätte der führende Geist das alles nachlesen können, vorausgesetzt, daß er kein Analphabet ist. Aber die Wahrheit muß ja geschändet werden, sonst hätten die Lügen des Wahlkampfes gar zu kurze Beine gehabt.

Warum die USP. bei den Landesratswahlen kein Mandat erhielt, erklärt sich aus der Tatsache, daß sie die einzige Arbeiterpartei war, die aus den gegebenen Verhältnissen des Versailler Friedensvertrages die Basis ihres Handelns zog. Ihr gegenüber stand die nationalistische Einheitsfront von den Rechtssozialisten bis zu den Deutschnationalen. Sie firmierte unter dem Namen „Parteien der Genfer Delegation". Unter diesen Parteien herrschte während des ganzen Kampfes der Burgfriede. Ihnen zur Seite standen die Nationalbolschewisten, die sich Kommunisten nennen. Bezeichnend für ihre geistige Einstellung ist, daß ihr Redner Epstein in öffentlicher Versammlung in Saarbrücken zur Vertreibung der Saarregierung mit den Waffen in der Hand aufforderte. Diese seelische Beitgemeinschaft zwischen rechts und links führte den Kampf unter dem Banner des Deutschtums. Unsere Partei aber wurde von allen Parteien als von den Franzosen bestochen verdächtigt. Das tat man nicht direkt, desto deutlicher aber indirekt. 15 000 Franken sollte der französische Propagandadienst für unseren Wahlkampf gestiftet haben, die Wählerlisten sollten um unseres Sieges willen verschandelt worden sein. So schuf man eine Pogromstimmung gegen unsere Genossen, die solches Wahlergebnis zeitigen mußte. Wir konnten schreiben und sagen, was wir wollten, der tollste Schwindel wurde geglaubt. Die „frankophile" USP. mußte vernichtet werden. Der Wahlkampf wurde nach Vereinbarung in deutschvölkischem Sinne geführt.

Das Wahlresultat und unser Protest gegen die Wahl weisen alle Verdächtigungen unserer Partei in das Reich der Fabel. Wo sind die Franzosen geblieben, die angeblich den Saarstaat übervölkern, deren Stimmen uns zufließen sollten? Der Zentralvorstand unserer Partei kennt die Quelle, aus der das Geld für unsere Partei und Zeitung kommt. Leider war es bis jetzt nicht möglich, eine der Drecksseelen vor das Gericht zu bringen, da die Verleumder allgemeine Behauptungen aufstellen und diese gegen unsere Partei richten. Die Partei kann aber nicht klagen, sofern nicht bestimmte Personen namhaft gemacht werden.

Wir fordern alle Verleumder auf, so deutlich zu reden, daß wir endlich zufassen können. Unsere „frankophile" Politik besteht darin, daß wir das Schicksal des Saargebietes nicht von der Mark- oder Frankenstützung abhängig sehen, sondern von den politischen und wirtschaftlichen Zuständen und Machtverhältnissen, die in den Ländern Frankreich und Deutschland bestehen, wenn das Saarvolk zur Entscheidung aufgerufen wird. Wir sträuben uns gegen die Tendenz, die deutschen Kapitalisten und Arbeiter aus nationalistischen Tendenzen heraus unterschiedlich zu werten gegenüber den französischen. Der Feind des Sozialismus ist der internationale Kapitalismus.

Die Saarländerwahlen standen unter derselben Situation wie die Hottentottenwahlen 1907, nur daß beim Stoßtrupp der Reaktion selber Sozialisten waren. Das sind die führenden Kreise des Landesrats! Das sind die Schrittmacher der Reaktion! Das Resultat ihrer Arbeit ist der katastrophale Zusammenbruch der Arbeiterbewegung schlechthin. 23 bürgerlichen stehen 7 Arbeitervertreter gegenüber. Der nationale Sozialismus aber schreibt vom einem starken deutschen Sieg an der Saar, weil 21 Vertreter im Landesrat durch den nationalistischen Block gewählt worden sind. Die anderen zwei, gesteht er verschämt ein, sind auch Deutsche. Am anderen Tag begrub das deutsche Volk den gemordeten Rathenau. Blutige Tragikomödie . . .

Der drohende Bergarbeiterstreik.

DA. Berlin, 10. Juli.

Nach den zur Stunde in Berlin vorliegenden Nachrichten aus dem Ruhrkohlengebiet muß die Lage als überaus ernst angesehen werden. Deutschland steht aller Wahrscheinlichkeit nach am Vorabend eines umfassenden Bergarbeiterstreiks in dem wichtigsten Gebiete seiner Kohlenproduktion. Die Bergarbeiter verlangen einmal, daß die Art der Lohnzahlungen den gegenwärtigen Geldverhältnissen und der geleisteten Arbeit besser als bisher angepaßt werde, sie verlangen weiter eine durchgreifende Erhöhung des Mindestlohnes. Weitere Schwierigkeiten erwachsen aus der Frage des sog. Köpfens der Gedinge. Es muß nun hervorgehoben werden, daß in diesen Punkten die Forderungen sämtlicher Bergarbeiterverbände, auch der christlichen und polnischen, sich inhaltlich durchweg decken. Verschiedenheiten der Auffassung bestehen zwischen den freigewerkschaftlich organisierten und den christlichen und polnischen Bergleuten nur hinsichtlich der Methoden, mit denen die erwähnten Forderungen durchgesetzt werden sollen. Der alte Bergarbeiterverband will zu dem Mittel der Massenkündigung greifen, um auf diese Weise das Streikverbot zu umgehen, soweit es den besetzten Teil des Industriegebietes betrifft. Er hat bereits die Kündigungsscheine eingesammelt und hält sie parat, um sie zu gegebener Zeit den Arbeitgebern zuzustellen.

Das Amnestiegesetz im Rechtsausschuß.

General Hundsfott gegen die Eisenbahner-Amnestie. — Das wahre Gesicht der Stresemänner. — Die Kulturschande Bayern.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beriet gestern den Gesetzentwurf der Regierung über ein Amnestiegesetz für politische Straftaten. Nach dem Vorschlag der Regierung soll nur denjenigen Straffreiheit gewährt werden, die im Jahre 1920 nach dem 4. August und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich als Täter oder Teilnehmer mitgewirkt haben, oder die von außerordentlichen Gerichten wegen Handlungen verurteilt sind, die mit einem gegen das Reich gerichteten hochverräterischen Unternehmen im Zusammenhang stehen, sofern diese Handlungen nicht lediglich auf Roheit, Eigennutz oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen beruhen.

Justizminister **Radbruch** wies zur Begründung dieser Vorlage darauf hin, daß die von der Regierung vorgeschlagene Amnestie die Freilassung von etwa 200 Personen bedeuten würde, daß außerdem alle diejenigen endgültig von einer Strafe befreit würden, die vorläufig nur bedingt entlassen worden sind. Die Reichsamnestie sei zunächst auch zuständig für Strafsachen aus den einzelnen Ländern, die Regierung wolle es aber den einzelnen Ländern überlassen, selbst ergänzende Landesamnestien zu beschließen.

Abg. **Schmidt** (Soz.) begründete die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, nach denen eine **umfassende politische Amnestie** wegen Straftaten Angeklagter oder Verurteilter zuteil werden sollte, insbesondere **auch den Eisenbahnern**, die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks unter Anklage gestellt oder in ein Disziplinarverfahren verwickelt sind. Die Amnestie ist angesichts der Tatsache, daß fast ausschließlich Angehörige der linken Parteien verurteilt sind, eine Notwendigkeit. Die Amnestie muß auch die **bayerischen Verurteilten** umfassen. Die in Bayern Verurteilten sind Helden im Vergleich zu den **Feiglingen**, die wir vor dem Reichsgericht gesehen haben.

Abg. **Emminger** (Bayr. Vp.): Das Reich hat keine Gnadenhoheit. Diese steht nur den einzelnen Ländern zu. Deshalb **lehnen wir jede Reichsamnestie, die auf Bayern zutrifft, von vornherein ab.** Herr Toller ist gewiß kein Held, hat er sich doch im Kleiderschrank versteckt, als er verhaftet werden sollte.

Ein **Vertreter Bayerns** erklärte, daß ein moralischer Grund fehle, die Reichsamnestie auf Bayern zu erstrecken. Von den bayerischen politischen Gefangenen seien nur noch etwa 150 in Haft. Das Begnadigungsrecht werde in Bayern loyal gehandhabt.

Zapf (D. Vp.): Amnestien tragen nicht zur Beruhigung der politischen Leidenschaften bei. Man kann nicht eine Amnestie machen in demselben Augenblicke, in dem ein neues Gesetz gegen politische Verbrecher geschaffen werden soll. (Zu den Unabhängigen:) Es ist **nicht unser Staat**, es ist Ihr Staat, der beschützt werden soll. (Genosse Rosenfeld: Und dann wollen Sie in die Regierung gehen?!) **Wenn wir in die Regierung gehen, so ändert das an unserer Oppositionsstellung gar nichts.** (Heiterkeit bei den Sozialisten.)

Abg. **Bell** (Zentrum): Der Schutz der Republik wird durch nichts mehr gefährdet, als durch eine neue Amnestie, die nur Rechtsunsicherheit bringt. Die Eisenbahner dürfen in die Amnestie nicht aufgenommen werden.

Genosse Rosenfeld: Ich stelle fest, daß die Herren von der Deutschen Volkspartei, die jetzt die Republik schützen wollen, uns zurufen, daß es sich um unseren Staat und nicht um ihren Staat handelt. Das kennzeichnet besser als die sonstigen verfassungstreuen Erklärungen der Deutschen Volkspartei ihre Stellung zum heutigen Staat. Auch heute heben wir wieder eine Bayern-Debatte. **Jedesmal, wenn das Reich einen Schritt vorwärts machen will, stellen sich die Bayern in den Weg.** Wie kann man von einer milden Behandlung der verurteilten Sozialisten sprechen, wenn man bedenkt, wie die **politischen Gefangenen in Bayern schikaniert** werden. Nicht einmal eine Beschwerde an den Reichspräsidenten wird ihnen erlaubt. **Die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern ist eine Barbarei.** Arco wird ganz **anders behandelt. Er erlernt jetzt die Landwirtschaft**, und zu diesem Zwecke sind **ihm drei Zimmer zur Verfügung gestellt** worden. Mit Moral hat die Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern nichts zu tun. Herrn Emminger rufe ich zu: Lassen Sie die Hände von Toller! Hat Toller nicht oft genug seinen Mut gezeigt? Hat er nicht recht gehabt, als er sich nicht von der bayerischen Soldateska hinmorden ließ, wie es Landauer ergangen ist? In der damaligen Situation wäre es eine Torheit gewesen, wenn Toller sich freiwillig in die Hände der Konterrevolution gegeben hätte. **Wie sehr Bayern die Gesetze sabotiert**, geht auch daraus hervor, daß die **Ehrhardt-Brigade und Kapp unter die schützenden Fittiche der bayerischen Regierung flüchten konnten.** Eine Amnestie ohne Befreiung der bayerischen Gefangenen ist unmöglich. **Auch die Eisenbahner müssen von der Amnestie erfaßt werden.** Gerade die Eisenbahner haben im Jahre 1920 gezeigt, wie zuverlässige Verteidiger der Republik sie sind. Es wäre unverständlich und würde die größte Erregung hervorrufen, wenn auch in diesem Falle die politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft unberücksichtigt blieben.

Justizminister **Radbruch**: Eine **Amnestie ist notwendig.** Sie ist ein Bestandteil des politischen Sanierungsprozesses, den wir zu Ende führen müssen.

Eisenbahnminister **Groener**: Eine **Amnestierung der Eisenbahner wäre unvereinbar mit dem Ziel der Stärkung der Republik.** Für die Reichseisenbahn handelt es sich dabei um die schwersten Folgen. Durch eine Amnestie würde die wirtschaftliche Gesundung der Eisenbahn in Frage gestellt. Die Amnestie würde das Ansehen des Staates schädigen und zum Nachlassen der Arbeitsintensität führen. Die Amnestie wäre Wasser auf die Mühlen derjenigen, die die Eisenbahn entstaatlichen wollen. Ich bin bereit, alle Fälle, in denen Verurteilungen oder Disziplinierungen erfolgt sind, nochmals nachzuprüfen und dem Reichspräsidenten Begnadigung zu empfehlen, wo mir die Strafen zu hoch scheinen. Aber Sie müssen bedenken, daß es für einen Verwaltungschef untragbar ist, eine Verwaltung ordnungsmäßig zusammenzuhalten, wenn nicht stetig Beamtenpolitik, die durch Amnestien nicht gestört werden darf, geführt wird.

Abg. **Leutheuser** (DV.) wendet sich gegen eine **Amnestie, die nur neuen Anreiz zur Begehung von Straftaten geben müsse.**

Frau **Pfülf** (Soz.) weist den Vorwurf der Feigheit, der gegen Toller erhoben worden ist, entschieden zurück. Toller hätte recht gehabt, sich den Bestien damals zu entziehen. Wenn Bayern immer auf seine eigene Landeshoheit hinweise, warum gibt es nicht selbst ein Amnestiegesetz heraus?

Abg. **Schädling** (Dem.): Krieg und Revolution haben das Rechtsbewußtsein aufs tiefste erschüttert und es ist sehr zweifelhaft, ob eine nochmalige Amnestie dazu beitragen werde, die Autorität des Staates zu stärken. Nur mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation **fügen wir uns dem Verlangen nach Amnestie.** Aber über die Regierungsvorlage gehen wir nicht hinaus. Der Vorwurf der mangelnden Humanität ist Bayern nicht zum ersten Male gemacht worden. Auch während des Krieges war die Lage der ausländischen Kriegsgefangenen in Bayern ungünstiger als anderswo. — Besonders nehmen wir Anstoß an einer Amnestierung der Eisenbahner. Wenn wir auch die Bedeutung der gewerkschaftlichen Verbände nicht unterschätzen, so wäre es doch verhängnisvoll, sich einfach dem Wunsche solcher Organisationen zu unterwerfen.

Steinkopf (Soz.) und **Genosse Hoffmann-Schmargendorf** treten für eine Amnestierung der Eisenbahner ein. Mindestens für Strafsachen müsse eine Amnestie gegeben werden.

Justizminister **Radbruch**: Dem letzten Wunsche könnte vielleicht Rechnung getragen werden, da vielfach wegen reiner Lappalien Verurteilungen erfolgt sind.

Bei der Abstimmung wurde ein Verbesserungsantrag der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt und nur ihr folgender Abänderungsantrag angenommen:

Wird die Straffreiheit vom Gericht verneint, so sind die Akten einem vom Reichsjustizminister einzuberufenden Ausschuß vorzulegen, der die Akten, wenn er es für richtig hält, der zuständigen Gnadeninstanz vorlegen kann.

Außerdem wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, in welchem der Reichstag die Erwartung ausspricht, daß die Eisenbahnverwaltung gegenüber den Eisenbahnern die äußerste mit der Aufrechterhaltung der Ordnung vereinbarende Milde walten läßt.

Reichstag.

Sitzung vom Montag, den 10. Juli 1922.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 15 Minuten.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die von den Deutschnationalen eingebrachte

Interpellation über Aufruhr und Anarchie im Lande Thüringen

sowohl wie die der Deutschen Volkspartei über die Vorkommnisse in **Darmstadt** bei der Demonstration aus Anlaß der Ermordung Rathenaus in der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Frist von der Regierung beantwortet werden.

Abg. **Hoch** (SPD.) begründet den von den **Koalitionsparteien** und der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurf zur Erhöhung der Bezüge aus der Invalidenversicherung.

Abg. Karsten (USP.)

führt hierzu aus: Die jetzt vorgeschriebene Höhe der Sozialrenten genügt durchaus nicht, um auch nur die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Invaliden zu decken. Das ist nicht nur die Auffassung eines Sozialisten, sondern jedes Sozialpolitikers. Was in diesem Gesetzentwurf vorgeschlagen wird, war schon vor etwa zehn Tagen, als der Entwurf dem Sozialen Ausschuß überwiesen wurde, nicht ausreichend, um dem größten Elend der Invaliden entgegenzutreten, und ist es jetzt erst recht nicht mehr, nachdem der Dollar in den letzten Tagen in so enormer Weise gestiegen ist. Die Ueberschüsse aus den um das drei- bis vierfache erhöhten Beiträgen werden ungefähr 25 Milliarden betragen, die einfach den Landesversicherungsanstalten in die hohle Hand gelegt werden. Es könnte in einem günstigen Fall durch einen evtl. eintretenden Lohnsturz dazu kommen, daß ein Invalidenrentner später mehr Rente bezieht, als ein Arbeiter Lohn erhält. So darf man sich nicht festlegen. Die überschießenden Mittel müssen jetzt ausgeworfen werden, um die große Not der Invalidenrentner zu mildern. (Beifall bei den U. Soz).

Nach einer kurzen Debatte werden die von den Unabhängigen gestellten Anträge abgelehnt und das Gesetz in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Das Gesetz über die Ermächtigung zu Zollerhöhungen wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

Ein Antrag des Ausschusses für Bildungswesen, verschiedene Maßnahmen zur Linderung der großen Not der Junglehrer durchzuführen, wird nach längeren Ausführungen des Berichterstatters Dr. Deermann und, nachdem der Staatssekretär Schulz das große Elend unter den Junglehrern anerkannt und das möglichste zur Milderung zugesagt hat, vom Reichstag angenommen.

Zweite Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik.

Abg. **Bell** als Berichterstatter macht längere Ausführungen über die unseren Lesern bereits bekannte Beratung des Gesetzes im Ausschuß und die dort gestellten und debattierten Abänderungsanträge.

Ein Vertreter Bayerns, **v. Preger**: Die bayerische Regierung erkennt die Notwendigkeit einer Verschärfung der Bestimmungen zum Schutz der Verfassung an, erklärt jedoch den Gesetzentwurf in der gegenwärtigen Form für Bayern für unannehmbar. Es werden dem Hause eine Reihe von Anträgen vorgelegt werden, die geeignet sind, wenigstens die allerschwersten Bedenken der bayerischen Regierung zu beheben. Wir bitten in dieser ernsten Stunde dringend, diesen Anträgen zuzustimmen, wenn Sie durch die Ablehnung dieser Anträge das Gesetz für Bayern und die gegenwärtige bayerische Regierung nicht untragbar machen wollen. (Entrüstung links. Zurufe: Schämen Sie sich!)

Hier wir die Beratung über diesen Gegenstand abgebrochen. Die Fortsetzung der Debatte findet am Dienstag statt. — Die angesetzte Beratung des Gesetzes über **Straffreiheit für politische Straftaten** wird ebenfalls bis zum Dienstag zurückgestellt.

Der Präsident **Löbe** schlägt vor, den **Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik** Zeitersparnis halber ohne Generaldebatte in der ersten Lesung dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. **Schiele** (Dtn.) erhebt gegen eine debattelose Ueberweisung des Gesetzes Widerspruch. Da die Vorlage dem Haus erst heute Nachmittag zugegangen ist, dürfe die erste Beratung nicht heute, sondern erst am Mittwoch stattfinden.

Abg. **Rosenfeld** (USP.): Durch diesen Widerspruch wird verhindert, daß das Gesetz sofort dem Rechtsausschuß zugeht, trotzdem wir alle an der schnellen Verabschiedung das größte Interesse haben. Falls der Widerspruch aufrechterhalten wird, muß die Beratung noch heute stattfinden.

Abg. **Schiele** besteht auf der Beratung des Gesetzes am Mittwoch.

Abg. **Ledebour** (USP.) macht das Haus darauf aufmerksam, daß jetzt das einsetzt, was die Vertreter der Arbeiterparteien im Seniorenkonvent bei der Besprechung der Dispositionen für diese Woche vorausgesagt haben: nämlich die **Sabotage der Parteien**, die dem Gesetze grundsätzlich feindlich gegenüberstehen. Dieser Verschleppungstaktik darf nicht nachgegeben werden. Wenn der Gesetzentwurf nicht ohne Debatte an den Ausschuß gehen soll, dann muß diese Beratung heute stattfinden.

Diesen Ausführungen schließt sich der Abg. **Marx** (Ztr.) an.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Deutschnationalen auf Absetzung dieses Punktes von der heutigen Tagesordnung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und eines Teils der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Abg. **Degerk** (Dtn.) führt in der ersten Beratung des Gesetzes über Pflicht der Beamten zum Schutz der Republik aus: Wir müssen gegen den Entwurf den stärksten Widerspruch erheben. Durch die Verfassung ist den Beamten die freie politische Meinung zugebilligt worden, dieser Entwurf bringt die Knebelung der politischen Meinungsfreiheit.

Das Gesetz wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Für den verstorbenen Abgeordneten **Däumig** (USP.) ist der Abg. Paul **Wegmann** (USP.) in den Reichstag eingetreten.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. Tagesordnung u. a.: **Gesetz zum Schutz der Republik** in Verbindung mit den als Interpellation erneut eingebrachten Gesetzentwürfen der Unabhängigen Fraktion zum Schutz der Republik und zur Amnestie für politische Straftaten. Schluß ¼9 Uhr.

Geßler macht Schule.

Wie die VS.-Korrespondenz meldet, haben die Marineoffiziere in Mürwik durch das Stationskommando in Kiel gegen die Urheber und Verbreiter der Behauptung, daß die Marineoffiziere von Mürwik die Kunde vom Tode Rathenaus mit einem Sektgelage gefeiert hätten, Antrag auf öffentliche Strafverfolgung wegen Beleidigung bzw. Verleumdung gestellt.

Zweifellos sind die Offiziere zu diesem Schritt durch ihren Vorgesetzten, den Reichswehrminister Geßler, erst ermutigt worden, der bekanntlich alle Meldungen über diesen Skandal prompt dementieren ließ und gegen die Veranlasser ihrer Bekanntgabe zuerst Strafantrag stellte. Solange Geßler noch Reichswehrminister ist, haben die monarchistischen Offiziere wahrlich nichts zu fürchten, um so mehr aber die Republik.

Der Buchdruckerstreik geht weiter.

Gestern tagte wieder eine Generalversammlung der Buchdrucker, die lebhaften Unwillen über die Untätigkeit der Regierung zum Ausdruck brachte. Es wurde erklärt, daß die Regierung sich passiv verhalte und von den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln keinen Gebrauch mache, um die Unternehmer zu zwingen, in Verhandlungen zu treten, die eine Beendigung des Kampfes auf akzeptabler Grundlage ermögliche.

Es kam daher der Beschluß zustande, im Kampfe zu verharren bei Ablehnung jeglicher anderen Taktik.

Die Arbeiterpresse soll wie bisher erscheinen.

Einsetzen der Technischen Nothilfe?

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet eine wohlpräparierte tendenziöse Mitteilung, wonach die Regierung durch die Stillegung der Reichsdruckerei in Schwierigkeiten gerät, und zwar einerseits dadurch, daß der Druck der Gesetzesblätter eingestellt wurde und ein drohender Mangel an Banknoten sich bemerkbar macht, so daß die großen Unternehmungen zur Auszahlung der Löhne von der Reichsbank keine Zahlungsmittel erhalten können.

Es sollen deshalb direkte Unterhandlungen der Regierung mit den Streikenden angebahnt worden sein. Nun wird zart angedeutet, daß, falls diese Verhandlungen auch ergebnislos verlaufen sollten, das Einsetzen der Technischen Nothilfe in der Reichsdruckerei in Aussicht genommen sei. Angeblich soll die TN. auch genügend erfahrene Buchdrucker auf Lager haben, die alarmbereit sogar zur Verfügung stehen!

Wir können zur Stunde diese Dinge nicht nachprüfen, halten aber diese Mitteilung, daß ausgerechnet die Technische Nothilfe — Banknoten drucken soll, für einen verspäteten Aprilscherz, der, in Wirklichkeit umgesetzt, ein entsetzliches Fiasko bedeuten würde.

Vielleicht äußert sich hierzu direkt die Regierung. Wir wollen deshalb unser Urteil noch zurückstellen und erwarten, daß behördlicherseits der nötige Druck ausgeübt wird, um der Diktatur des Zeitungskapitals zu begegnen.

•

Druckfehlerberichtigung. In unserer gestrigen Notiz über die Diktatur des Zeitungskapitals ist von einem „Aktionsausschuß" der Unternehmer die Rede und nicht von einem Abstimmungsausschuß.

Achtung, Buchdrucker!

Heute, Dienstag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr:

Auf Wunsch der Leipziger General-versammlungs-Delegierten

Außerordentl. General-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus", Engelufer 24/25.

Erscheinen sämtlicher Delegierten und Vertrauensleute ist notwendig.

Vorstandsmitglieder um 9 Uhr: Sitzung.

Der Gauvorstand.

Achtung, Buchdruckereihilfsarbeiter!

Heute, Dienstag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (Saal 1):

Versammlung der Vertrauenspersonen

Vorstandsmitglieder (u. Lohnkommission) 9 Uhr ebenda.

Einzelzahler um 1 Uhr bei **Henning**, Alexandrinenstraße 44.

Der Vorstand. J. A.: Grohmann.

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor

10 billige Tage vom 1.–12. Juli in **Herren-, Jüngl.- u. Knabenkleidung**

nur einmal im Jahre

Ausschneiden!

Drucksache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin SW 40

Kronprinzen-Ufer 271

zu Pf.-Mitte

Mittwoch Zahlabend in allen Bezirken.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 7½ Uhr: **Robert und Bertram**

Neues Volkstheater 7½ Uhr: **Die erste Geige**

Staatstheat. (Schauspielhaus) Operetten-Gastsp. Tägl. 7½ Uhr: **Die beiden Nachtigallen**

Deutsch. Theat. 7½: Potasch und Perlmutter. Mittw. 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele 8: Der Raub der Sabinerinnen. Gastspiel Hugo Thimig vom Wiener Burgtheater. Mittw. 8: Der Raub d. Sabinerinnen. Gastspiel Hugo Thimig vom Wiener Burgtheater.

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7½: Die Maschinenstürmer. Mittw. 7½: Die Maschinenstürmer

Komödienhaus U.: „Gretchen" Gläßner, Roberts

Berliner Th. 7¾: Madame Flirt

Th. a. Nollendorfpl. 7¾ Uhr: **Verliebte Leute**

Theater des Ostens (Rose-Theater) Uhr: Bunter Teil. 7½ U.: Dorns Resi

Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr. Residenz Theater: Eine Frau ohne Bedeutung. 7¾ Trianon-Theat.: MORAL von Ludwig Thoma

Metropol-Varieté Behrenstr. 54. 8 Uhr. Infolge d. großen Erfolges verlängertes Gastspiel **Carl Bolesko** und zwei eue Varieté-Schlager

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7-9. Täglich: **Die Prinzessin v. Hil** Operette in 3 Akten sowie Spezialitäten. Beginn 5 Uhr.

Theater a. Kotth. Tor Moritzpl. 15 017. Allabdl. 7½. **Elite-Sänger** 16. bis 31. Juli Gastspiel Leipziger Sänger

UFA — Spielplan vom 7. bis 13. Juli 1922. Näheres Anschlagsäulen

UFA-PALAST Am ZOO: Sie u. die Drei

TAUENTZIEN-PALAST: Die schwarze Rose v. Cruska

UT. KURFÜRSTEND. UT. NOLLENDORFPL.: Brigantenliebe

KAMMERLICHTSPIELE: Fridericus Rex I. u. II. Teil

MOZARTSAAL: Monika Vogelsang

UT. FRIEDRICHSTR.: Dr. Mabuse der Spieler II

UT. ALEXANDERPLATZ: Rosen im Herbst

UT. WEINBERGSWEG: Der Ruf der Sünde

UT. SCHÖNEBERG: Ueber d. hohen Bergen

UT. HASENHEIDE: Im Kampf mit d. unsichtbaren Feind

Central-Theater 8 U.: **Ein Prachtmädel**

Intimes Theater 8: Die Peitsche und ? — Lauf doch nicht immer nackt herum

Neues Operett.-Th. 8 Uhr: Die Mädels von Davos

Theater des Westens In Vorbereitg.: Ital. Ballett — Stagione

ULAP

UNIVERSUM-LANDES-AUSSTELLUNGS-PARK

AM LEHRTER BAHNHOF

Eintritt

Montag	Volkstag	4 Mk.
Dienstag	. . . .	7 Mk.
Mittwoch	Feuerwk. u. Elitetg.	11 Mk.
Donnerstag	. . .	7 Mk.
Freitag	Feuerwerk	9 Mk.
Sonnabend	. . .	9 Mk.
Sonntag	. . . .	9 Mk.

Im vollen Betrieb mit allen Attraktionen!!!

UFA-PALAST AM ZOO

Ab morgen, den 12. Juli:

LUSTSPIEL-WOCHE!

NUR NEUE

CHAPLIN FILME

Beginn der Vorstellungen ½7 Uhr, ¾9 Uhr. Vorverkauf 11—1 Uhr.

Garant. kein Preisaufschlag! Einen wirkl. guten **Anzug** Mantel oder Beinkleid auch auf **Teilzahlung** bietet Ihnen an die „Gelegenheiten der Bekleidungsindustrie", Alexandrinenstraße 116 unw. Hochbahnst. Prinzenstr. Hallesches Tor.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang bietet das **Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus"** Engel-Ufer 25

Luna-Park

Heute Volkstag!

Doppel-Konzert

Musikdirektor Fritz Brase, Kapellmeister Franz Hollfelder

Groß-Feuerwerk

Alle Attraktionen in Betrieb

Eintritt M. 2,50 Steuer M. 1,50

Jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **einmal** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

mit den

Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauenwelt" u. „Jugend-Genosse"

zum Preise von Mk. 48.— monatl., Mk. 24.— halbmonatl.

bei freier Zustellung ins Haus

Name: ____________________

Ort: __________ Straße: __________ Nr. ______

(Namen deutlich schreiben. Adresse genau ausfüllen: vorn., Hof, Eing., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Ufer 27 einzusenden.

Bekanntmachung.

Wasserpreis.

Für das Versorgungsgebiet der aus den bisherigen Gemeindewasserwerken, nämlich den ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Lichtenberger, Spandauer, Pankower, Reinickendorfer, Tegeler, Hermsdorfer, Rosenthaler, Nieder- und Hohenschönhausener, Cöpenicker Wasserwerken und dem früheren Verbandswasserwerk Alt-Glienicke mit Wasser belieferten Teile der Stadt Berlin wird der Preis für 1 Kubikmeter aus dem Wasserrohrnetz abgegebenen Wassers, beginnend mit dem Tage der Verkündung, auf 3,50 M. festgesetzt. Für die zwischen den Tag der Verkündung und die darauf folgende Wassermesserablesung fallende Zeit wird als Wasserverbrauch der durchschnittliche tägliche Verbrauch desjenigen Zeitabschnittes zugrunde gelegt, der durch die letzte vor dem Stichtage und durch die nächste hinter dem Stichtage liegende Wassermesserablesung begrenzt ist.

Die neben dem Wasserpreis bisher erhobenen Gebühren bleiben bis zur Einführung einheitlicher Wasserlieferungsbedingungen bestehen.

Berlin, den 7. Juli 1922.

Magistrat der Stadt Berlin.
Ritter.

— A III 150 Wasser 22 —

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83/85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Tel.: Amt Norden 832, 834, 835, 838.

Mittwoch, 12. Juli, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25 (großer Saal):

Branchenversammlung

der Rohrleger, Helfer und Bauklempner.

Tagesordnung: 1. Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß. 2. Bericht vom Gewerkschaftskongreß. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Um 5 Uhr Konferenz der Vertrauensleute beider Branchen im Saal 9.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig.

Donnerstag, 13. Juli, abends 7 Uhr, bei Döhling, Brunnenstr. 79.

Versammlung

aller in der Fachgruppe der Wickeleien und Motorenfabriken beschäft. Kolleginnen u. Kollegen.

Tagesordnung: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! Achtung!

Donnerstag, 13. Juli, nachmittags 4½ Uhr, in den „Hohenzollernsälen", Berliner und Wilmersdorfer Straße Ecke:

Bezirks-Versammlung

des 13. Bezirks.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Gewerkschaftskongreß. 2. Stellungnahme zur Wahl des Bevollmächtigten. Referent: Kollege Robert Dißmann.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Es ist Pflicht aller Kollegen zu erscheinen.

Achtung! Achtung!

Donnerstag, 13. Juli, abds. 7½ Uhr, im Lokal „Weltrestaurant", Hirschgarten:

Bezirks-Versammlung

des 22. Bezirks.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftskongreß. 2. Stellungnahme zur Wahl des Bevollmächtigten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Kommission der Eisendreher.

Heute Dienstag, den 11. Juli, Sitzung im Verbandshaus, Zimmer Nr. 10.

Achtung! **Urabstimmung** Achtung!

Zu der am **Sonnabend, den 15. Juli, Sonntag, den 16. Juli, Montag, den 17. Juli,** stattfindenden Urwahl des Bevollmächtigten können nur Mitglieder wählen, die nicht länger als sechs Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Sie müssen deshalb die fehlenden Marken baldigst bei ihren zuständigen Hauskassierern oder den dazu bestimmten Lokalen

Osten: **Blume,** Alt-Boxhagen 56,
Südosten: **Schulz,** Adalbertstraße 4,
Südwesten: **Wiemer,** Bülowstraße 58,
Nordwesten: **Kleinert,** Levetzowstraße 21,
Norden: **Raß,** Marstraße 12,
„ **Klische,** Kopenhagener Straße 74,
Spandau: Verbandsbureau, Moltkestraße 7,
Oberschöneweide: Verbandsbureau, Laufener Straße 5,
außerdem in unserem Verbandsbureau, Linienstr. 83/85, Zimmer 2 und 3,

kleben lassen.

Die Ortsverwaltung.

Ueberall in Zigarrengeschäften erhältlich ist der **echte Kapitän-Kautabak,** nur mit Zetteleinlage. Rollen, Schleifen, Stangen, Twist. Verkaufsstellen durch Carl Köhler, Berlin, Lichtenberger Straße 12 (Kgst. 2851)

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silbersach., Quecksilb., Stanniolpap. Zinn! Glühstrumpfasche kauft z. hoh. Pr. Edelmet.-Einkaufsh., Weberstr. 31

Flaschen, Lumpen, Knochen, Zeitungspapier kauft Grünthalerstraße 89. Für Händler Extrapreise.

Meine Herren! Einen wirklich guten Anzug, Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen. Große Auswahl. Gelegenheiten der Bekleidungsindustrie. **Alexandrinenstraße 116,** Hochbahnstation Prinzenstraße. Fahrtvergütung.

Geschäftsmann (Buchdrucker und Photograph) welcher durch Unglück alles verloren hat und sich eine Freiheitsstrafe zuzog, bittet um Unterstützung bei **Stellungsuche,** um wieder in geregelte Verhältnisse zu kommen. Offerten unter **V 119** an die Expedition der Freiheit, Berlin NW.

Sämtl. Metalle kauft von Gewerbetreibenden, Händlern u. Fabriken Schulzendorfer Str. 2.

Beachtet unsere Inserenten!

Heimarbeiterinnen für gute Damenwäsche per sofort gesucht. Berliner Corsetfabrik **W. u. G. Neumann** Elisabethstraße 28/29

Platin-, Gold- u. Silberbruch Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engrospreisen **Roseneck, Berlin O.,** Schreinerstraße 32 (Laden) 1 Min. v. Bhf. Frankf. Allee. Fahrgeldverg. Gr. Absatzg. f. Händler.

Garderobe auf bequemste Teilzahlung. Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Ulster. Damen-Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider. Gute Ware, solide Preise, grosse Auswahl. — **M. Beiser,** Lothringer Str. 67

Schlechtsitz. **Korsetts** werden nach jed. Figur, passend unter Garantie tadellos umgearbeitet. Reparaturen, Aenderungen und Korsettwäsche jegl. her Art übernimmt und führt äußerst preiswert aus **Korsettfabrik Rich. Necke** 1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 95. 2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 16. 3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstraße 23 Ecke Alte Jakobstraße

Geld für jede Wertsache. Höchste Auszahlung f. Pfandsch., Brillanten, Goldgegenst., Tepp., Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, II Ecke Kochstr.

Fahrräder! Möbel, Kleidungsstücke, Nachlässe kauft **Koch, Neukölln** Bergstr. 55, Laden.

Metall osten Sedan-Weg 80 zahlt Tagespreise f. **Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.**

Teilzahlung! Garderobe für Damen, Herren u. Burschen sehr preiswert infolge groß alt. Lagerbestände bei bequemen Ratenzahlungen **H. Tyra & Co.,** Berlin, Brunnenstr. 20

Färberei Nord-West reinigt u. färbt in 3—5 Tagen. Expreß in 24 Stunden. Fabrik-Annahme Alt-Moabit 60. Telefon: Hansa 1079. Annahmestellen: Schönh. Allee 176, Gotzkowskystr. 13, Augsburger Str. 32, Uhlandstr. 74, Suarezstr. 12, Küstriner Straße 22, Eisenacher Straße 80

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages - Geschäftsst. Berlin NW 40 Kronprinzen-Ufer 27

Das Überschriftwort 3.— M., jed. weitere Wort im Text 2.— M. netto. Stellengesuche: Überschriftwort 2.—, jedes weitere Wort im Text 1.50 M.

Verkäufe

Hosen für jedermann, für jeden Zweck, für jede Gelegenheit in größter Auswahl zu niedrigsten Preisen. München-Gladbacher Hosen-Zentrale, Schöneberg, Goltzstraße 7. Fahrlinien: 3, 5, 10, 52, 60, D, H, (02, 82, 89, 162). Untergrundbahn Nollendorfplatz. Ringbahnstation Schöneberg. Stadtbahnstation Großgörschenstraße. (Fahrgeldbergütung.)

Anzüge 950.—, Gummimäntel 1800.—, Kreuzfüchse, Pelzwaren, spottbillig. Leihhaus Reinickendorferstraße 100 (Nettelbeckplatz.) Keine Lombardware.

Kinderwagen, Klappsportwagen, Kinderbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 93.

Pelzwaren! Trotz enormer Preissteigerung halbumsonst! Massenauswahl Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Pelzjacken! Pelzbetrieb Kottbuserdamm 2 neben Jandorf.

3000 Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus, Boxhagenerstr. 17.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, nach Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Peiser Gottlieb, Nollendorfstraße 23a, 2. Etage. Nähe Nollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Bettwäsche allerbilligst. Diese Woche Einzelverkauf zu Engrospreisen an Private. Deckbettbezüge von 183.—, Kissen 58.—, Laken 105.—, Inletts 475.—, Wäschestoffe 48.—, Handtücher 20.50, Ueberschlaglaken, Paradekissen, herrliche Stickereibezüge, Dimitt, Damast, beste Qualitäten. Rätselhaft billig. Riesenauswahl. Reelle fachmännische Bedienung. Aussteuer-Sonderrabatt. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Größtes neunundreißig (Hasenheide). Brunnenstr. 10 (Rosenthalerplatz).

Bettwäsche billigst! Letzte Gelegenheit vor Preissteigerungen! Bettbezüge 115.—, 185.—, 275.—, Bettlaken 110.—, Federdichte Inletts 410.— an. Prima Ueberschlaglaken 410.—, 650.—, Paradekissen, Dimitt, Damast, Wäschestoffe, Züchen, Handtücher bekanntlich nur gute Qualitäten, allerbilligst! Fenstergarnituren unter Selbstkosten. Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten pp. größeren Rabatt. Blumpe u. Jäger, Größte Bettwäsche-Spezialfabriken. Kottbuserdamm dreiundsiebzig, Landsbergerstr. achtundzwanzig.

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. — Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware.) Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Homespunstoffe für Anzüge, Schlüpfer und Kostüme, prima Ware sofort günstig an Private abzugeben. Kanzowstr. 16 II links.

Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34, noch billige Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten Schlafzimmern; Küchen von 1000.—, Schreibtische, Sofas, Stubeneinrichtung 3000.—.

Chaiselongues 325.00, Metallbetten 300.00, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbrahtbett, Weicke, Auguststraße 32a, Quergebäude.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagmatratzen, Patentmatratzen 450.— an. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Allerorts besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Möbel

Möbel, kaufe große, kleine Posten zu Tagespreisen. Heilienstraße 6, „Möbelhalle".

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Gut und billig Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl. Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstraße 162.

Küchen, moderne, mit und ohne Einrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Fahrräder

Fahrradankauf, Linienstraße 19.

Fahrräder, neu und gebraucht, Schönhauserallee 163.

Kaufgesuche

Altmetalle und Kugellager kauft zu höchsten Tagespreisen. Bauk, Marlenstr. 27e.

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstr. 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Geldverkehr

Geld sofort auf jede Wertsache, Pfandscheine, Wäsche, Goldsachen usw. (Rückkaufsrecht). Schulz, Danziger Straße 69, hochparterre (an der Prenzlauer Allee).

Vermietungen

Zimmer für Dame durch Glanz, Lothringerstraße 56.

Wohnungen vermietet, mietet, tauscht Saft, Gollnowstraße 38, Königstraße 9664. Filialen: Görlitzer Bahnhof, Wienerstraße 27; Wedding: Lindowerstraße 8; Spittelmarkt, Seydelstraße 2; Schlesischer Bahnhof, Langestraße 78; Schöneberg, Hauptstraße 105.

Zimmer für Herrn durch Glanz, Lothringerstraße 56.

Groß-Berlin

Parkschutz-Poesie.

Ein Natur- und Menschenfreund, der seinen in einem östlichen Berliner Vorort herrlich am Wasser gelegenen Park seit Jahren den Ausflüglern zum freien Eintritt öffnet, hat zum Dank dafür alljährlich mit Naturvandalen trübe Erfahrungen gemacht. Er will nicht gern zu scharfen Maßnahmen greifen, auch nicht den Park schließen, läßt daher jetzt in den Anlagen u. a. die folgenden gemütvollen Merkverse anbringen:

Willst du diesen Park verschandeln —
Komm' nicht erst herein!
Nur der Gute soll hier wandeln,
Soll willkommen sein.

*

Mit Strafen wird hier nicht gedroht,
Das hat heut keinen Zweck.
Doch laß', wenn nicht dein Herz verroht,
Vom Strauch die Finger weg!

*

Was ihr seht, ist zäher Fleiß,
Harter Hände edler Preis.
Wer das Werk beschützt vor Leid,
Schafft sich selber höchste Freud'.

*

Mit Recht find'st du es unerhört,
Wenn man dein Eigentum verletzt.
Drum laß', ich bitt', auch ungestört,
Was ich für alle hingesetzt.

*

Bei Kindern find' ich es verzeihlich,
Wenn Unverstand die Blüte knickt.
Von Großen aber ist's abscheulich,
Wenn ihnen das Stibitzen glückt.

*

Im Todeskampf liegt eine Blume
Auf öder, staubiger Bodenkrume.
Verdorrt, achtlos vom Fuß zerdrückt,
Was noch vor kurzem uns entzückt.
Was tat sie dir? Ach, laß' doch liebend steh'n,
Die lebend ist so reizvoll anzuseh'n.

*

Nimm' nach jedem Schmause,
Worin verpackt dein Brot,
Hübsch wieder mit nach Hause —
Du trägst dich nicht dran tot!

Hoffentlich hilft's. Solche warmherzigen Mahnungen müßten doch den härtesten Sinn erweichen.

Hinter den Kulissen der Reichswehr.

Wir erhalten von einem Reichswehrsoldaten die folgende Zuschrift, die gewiß in einzelnen Angaben zu optimistisch sein mag, die aber doch charakteristisch ist für die mit Geßlers und Noskes Regiment großgewordene Reaktion in der Reichswehr. Ganz offen wird sie ja auch von allen Reaktionären als ihre Hauptstütze bezeichnet. Diese Nester auszuräuchern wäre die erste Aufgabe. Wird sie gelöst werden?

„Als nach der Revolution eine Wehrmacht auf dem Boden einer Republik aufgestellt wurde, dachten die wenigsten, daß das nunmehrige republikanische Heer in die Gewalt der früheren Machthaber gelangen wird. Schon bei der Heeresverminderung im August 1920 war es wieder so weit, daß befähigte republikanisch gesinnte Offiziere verabschiedet wurden, dafür aber minder befähigte Offiziere, die aber ihr „von“ in die Wagschale werfen konnten, in das neue Heer übernommen wurden.

Daß diese Herren versuchen würden, wieder den alten Kadavergehorsam uns einzudrillen, war vorauszusehen. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit — ich erinnere an Potsdam — haben gezeigt, daß wir recht hatten. Die Vorwürfe der sozialistischen Presse gegen die Reichswehr treffen uns Mannschaften am härtesten, während die fast durchweg reaktionären Offiziere die wahren Schuldigen sind. Diese Herren, die seinerzeit der Regierung den Treueid geleistet haben, vermögen es sogar, ihre monarchistische Gesinnung im Kasernenbereich offen und unverblümt zur Schau zu tragen. In den Offizierskasinos, in denen so manche stille Feier im Beisein herausgesetzter Offiziere stattfindet, herrscht oft eine Stimmung, die mit einem Hoch auf „Wilhelm“, auf „den höchsten Kriegsherrn“, „Heil Dir im Siegerkranz“ und Verbrüderungsszenen zwischen Reichswehroffizieren und den eingeladenen Gästen endet.

Die Regierung hat natürlich von solchen Elementen im Augenblicke der Gefahr kein Vertrauen zu erwarten. Es sagt jedenfalls genug, wenn ein Vorgesetzter seinen Leuten erklärt: „Wer jetzt als Soldat nicht mehr deutschnational gesinnt ist, ist ein großer Schweinehund.“ Bei einer Gelegenheit, bei der wir unsere Verwunderung darüber aussprachen, daß wir es bald dahin bringen werden wie zu Wilhelms Zeiten, äußerte sich ein Offizier wie folgt: „Ihr werdet Euch in nächster Zeit noch über manches wundern.“ Was für Pläne mögen diese Herren noch haben??

Ist es der Regierung bekannt, daß in letzter Zeit eine Verfügung vom Reichswehrministerium erlassen wurde, wonach Wachen, Posten vor Gewehr, verabschiedeten Monarchisten, die den höchsten preußischen Orden Pour le mérite tragen, durch Präsentieren des Gewehrs die Ehrenbezeugung erweisen müssen??? Darüber wünschen wir Klarheit.

Der Dienstbetrieb innerhalb der Truppe steht heute auf der gleichen Höhe wie vor dem Kriege. Was diesen anbetrifft, sehen wir es vollkommen ein, daß in einer Truppe Strammheit, Ordnung und Disziplin herrschen muß. Daß man sich aber auch als Idiot, dämlicher Hund, Hammel usw. betiteln lassen muß, läßt sich mit der Freiheit und Gerechtigkeit in einer Republik nicht in Einklang bringen. Nach den letzten Vorfällen, die uns den Haß der Volksschichten einbrachten, stehen wir wehrlos denselben gegenüber. Uns Mannschaften ist das Zivilragen von oben herab verboten worden, während man jetzt selten einen Offizier in Uniform auf der Straße sieht. Wahrscheinlich sollen wir nicht mit der Zivilbevölkerung in zu enge Verbindung treten. Alles, was uns über die tatsächlichen Verhältnisse aufklären könnte, wird vermieden.

Wir, die wir die Verhältnisse im Reichsheer genau kennen, behaupten, daß mindestens vier Fünftel der Mannschaften und Unteroffiziere der Regierung treu ergeben sind. Der restliche Teil, die politisch Unreifen, werden durch das Verhalten der Offiziere, die sie in jeglicher Weise begünstigen, in ihrer Dummheit erhalten.

Die Kernpunkte all dieser Ausführungen: Schafft uns diese Offiziere vom Halse und Ihr werdet an einer wirklich republikanischen Armee eure Freude haben! Gleichzeitig mit den Offizieren müssen verschwinden aktive Unteroffiziere und Feldwebel, die mit den ersteren gemeinsame Sache machen.

So wie sich der Arbeiter seines Berufes und seiner Kleidung nicht schämt, so wollen auch wir uns nicht unserer Uniform und ihrer Bedeutung schämen.

Es ist unser brennendster Wunsch, gebt uns Führer, die wirklich die Interessen der Republik im Heere vertreten und das Ansehen der Truppe nach innen und außen festigen und gewährleisten.“

Monarchistischer Geist in den Gymnasien.

Aus unserem Leserkreise erhalten wir folgende Zeilen:

„Endlich einmal wird auch das Lichterfelder Gymnasium genannt. Mein Sohn kam an dem Beerdigungstage Rathenaus empört über die Hetzrede, die der betreffende Direktor hielt, nach Hause. U. a. soll er gesagt haben: **„Den Tod hätte er sich allein zuzuschreiben, denn seine Schandtaten wollte er nur zu seinem Nutzen ausbeuten u. a. m. Bei euch soll der Stachel, der Haß weiter blühen, ihr werdet uns einmal rächen“** usw. Darf ein solcher Mann unsere Jugend erziehen? Der Vater meines Kindes blieb im Kriege. Auf diese Weise wird mein Kind genau so hingeschlachtet!!“

Die Frage, wieviel Mütter von Gymnasiasten nicht so einsichtig sind wie die Briefschreiberin, ist sicherlich keine Preisfrage.

Verkauf von verbilligtem Schweinefleisch in Neukölln.

Der Verkauf von verbilligtem Schweinefleisch wird nach einer Mitteilung des Wohlfahrtsamts Neukölln am Montag, den 10. Juli 1922, von 8 Uhr vormittags bis ½2 Uhr nachmittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags in der Verkaufsstelle der Neuköllner Großhandelsgesellschaft, Bergstr. 21, fortgesetzt. Bezugsscheine werden nur an folgende Personengruppen abgegeben: a) an Empfänger laufender Armenunterstützung, b) an Empfänger von Erwerbslosenunterstützung, c) an Empfänger von Sozialrenten und d) an solche Minderbemittelte, die ihre Bedürftigkeit durch eine Bescheinigung des für ihre Wohnung zuständigen Bezirksvorstehers nachweisen.

Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene können, worauf ausdrücklich hingewiesen wird, dieses Mal bei dem Fleischverkauf nicht berücksichtigt werden. Die Ausgabe der Bezugsscheine erfolgt gleichfalls am Montag, den 10. Juli 1922, von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in den Räumen der früheren Volksküche, Kanner Straße 46 in Neukölln.

Der Magistrat hat beschlossen: Der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte wird zugestimmt. Die Kosten dürfen jedoch die Straßenbahn nicht belasten. Es sind sofort mit dem Reichsarbeitsministerium erneute Verhandlungen bezüglich Uebernahme der Kosten einzuleiten.

Der Berliner Sängerchor (MdAGB.) veranstaltet heute, Dienstag, abends 8 Uhr, ein öffentliches Konzert im Mariannenpark. Zum Vortrag gelangen Volkslieder.

Festnahme eines Sittlichkeitsverbrechers. Der 52 Jahre alte Hermann B. aus Lichtenberg wurde gestern nachmittag in der Schlichtallee festgenommen, weil er ein Schulmädchen an sich gelockt und unzüchtige Handlungen an ihm vorgenommen hatte.

Ausschreitungen in der Trunkenheit. In der vergangenen Nacht gegen 1½ Uhr zogen vier betrunkene junge Leute johlend die Seesenheimer Straße entlang. An der Ecke der Bismarckstraße feuerte einer von ihnen, der 21 Jahre alte Arbeiter Gustav Fischer, mehrere Schüsse aus einem Trommelrevolver ab. Schnell sammelte sich eine etwa dreihundertköpfige Menschenmenge an, die über die Burschen herfielen und sie verprügelten. Als Beamte der Schutzpolizei an dem Tatort eintrafen, gab Fischer noch einen Schuß ab, der den Oberwachtmeister P. an der rechten Wade verletzte. Er sowie seine drei Kumpane wurden sistiert und dem Polizeiamt Charlottenburg zugeführt. Jedem aufmerksamen Beobachter des Berliner Lebens muß es auffallen, wie in der letzten Zeit die Trunkenheitserscheinungen auch auf der Straße zunehmen. Die Einschränkung des Alkoholgenusses war fast die einzige Segnung der Kriegszeit. Es wäre gut, wenn gegen das neue Ueberhandnehmen des Alkoholismus energisch angekämpft würde.

Stärkt die Organisation.

Im Kampf gegen die monarchistischen Mörderbanden und um die Erhaltung der Republik ist es doppelt notwendig, daß sich jeder Mann und jede Frau der politischen Organisation anschließt. Nicht nur mit Worten und schönen Redensarten kann man heute etwas erreichen, sondern man muß sich auch betätigen und Mitkämpfer werden. Darum erkennt das Gebot der Stunde. Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen bilden wir eine unüberwindliche Macht! Werdet ganze Männer und ganze Frauen. Rüttelt die Lauen und abseits Stehenden auf. Erkennt die Zeit. Schließt Euch uns an, tretet ein in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____

Geboren: _____ Geburtsort: _____

Wohnort und Wohnung: _____
(genau ausfüllen)

Das Eintrittsgeld beträgt 2 Mk., der monatliche Beitrag für Männer 15 Mk., für Frauen 5 Mk.

Wir bitten vorstehende Beitrittserklärung deutlich ausgefüllt mit Eintrittsgeld und Monatsbeitrag zu senden an Richard Herbst, Berlin C. 2, Breite Str. 8/9.

USPD., Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.

Unter fremden Menschen.

Von **Maxim Gorki.**

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(105. Fortsetzung.)

Er nahm den Mund sehr voll, die Leute in der Schenke horchten auf.

„Erinnerst du dich noch, was Petrucha, dieser heimliche Dieb, von der Arbeit sagte? Für andre steinerne Häuser, für sich selbst — 'nen hölzernen Sarg. Das ist alles, was bei der Arbeit herauskommt!“

„Petrucha ist ein kranker Mensch,“ erwiderte ich, „er fürchtet sich vor dem Tode.“

„Auch ich bin krank!“ rief Ardalion laut. „Meine Seele sitzt, glaub' ich, nicht an der richtigen Stelle.“

Des Sonntags spazierte ich öfters aus der Stadt nach der Millionnajastraße hinaus, wo die Barfüßler sich herumdrückten, und konnte da beobachten, wie schnell sich Ardalion bei der „goldnen Rotte“ einlebte. Ein Jahr zuvor war er ein heiterer gesetzter Mensch gewesen, und jetzt hatte er etwas Schreiendes, Großspuriges angenommen, sah alle Leute herausfordernd an, als ob er sich mit jedem einzelnen messen wollte, und rühmte sich vor mir:

„Sieh doch, wie sie mich hier alle hochhalten — ich bin hier so eine Art Häuptling!“

Freigebig bewirtete er die andern Barfüßler, sobald er Geld hatte, und wenn es eine Prügelei gab, stellte er sich stets auf die Seite des Schwächeren.

„Nur kein Unrecht!“ sagte er. „Man muß immer gerecht handeln!“

Sie nannten ihn denn auch den „Gerechten“, was ihm sehr gefiel.

Ich beobachtete mit Aufmerksamkeit die Menschen, die in jener Straße wie in einem alten, schmutzigen, steinernen Sacke zusammengepfercht saßen. Es waren lauter vom Leben Abgebröckelte, die da ihr eigenes, lustiges, herrenloses Leben führten. Es lag etwas Sorgloses, Kühnes in ihrer Art, und sie gemahnten mich an Großvaters Erzählungen von den Wolgaschiffern, die im Handumdrehen zu Räubern oder Einsiedlern wurden. Wenn sie keine Arbeit hatten, verschmähten sie es nicht, kleine Diebstähle auf den Barken und Dampfern auszuführen, was mich im übrigen nicht weiter beunruhigte, da ich das ganze Leben um mich herum von Spitzbübereien durchsetzt sah, die überall wie die grauen Nähte an einem alten Kaftan zutage traten. Andrerseits sah ich sie gelegentlich auf den Umlageböden, bei Feuersbrünsten, während des Eisgangs mit großem Eifer, unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft arbeiten. In ihrem Dasein lag ein feiertäglicher Zug, der dem Leben der gewöhnlichen Arbeitsmenschen fremd war.

Meine Freundschaft mit Ardalion war Ossip aufgefallen, und er warnte mich väterlich:

„Hör' mal, meine liebe Seele, du hältst dich schon gar zu eng an die Millionnaja — daß dir das nur nicht schlecht bekommt!“

Ich sagte ihm, so gut ich's verstand, daß ich an diesen Leuten, die ohne feste Arbeit so vergnüglich lebten, Gefallen fände.

„Wie die Vögel des Himmels leben sie, ja,“ erwiderte er, „sind aber Faulpelze, träges Volk, das sich vor der Arbeit scheut . . .“

„Was heißt Arbeit?“ versetzte ich. „Man sagt doch immer: Mit redlicher Arbeit erwirbt man keine steinernen Häuser . . .“

Ich hatte diese Redensart oft genug gehört und fühlte, daß etwas Wahres in ihr lag. Ossip nahm die Sache jedoch schief auf und schrie mich an:

„Wer ist's, der das sagt? Dummköpfe und Müßiggänger, du junger Dachs aber solltest nicht auf sie hören! Seh' doch einer! Neidhammel und Pechvögel mögen solchen Unsinn reden, du aber sollst dir erst mal die Federn wachsen lassen, dann magst du fliegen! Ich will's übrigens, mit Verlaub, deinem Brotgeber sagen, was für Verkehr du dir suchst . .“

Und er sagte es wirklich. Mein Prinzipal nahm mich in seiner Gegenwart vor:

„Hör' mal, lieber Pjeschkow, die Millionnaja ist nichts für dich! Dort gibt's nur Diebe und Prostituierte, ins Gefängnis, ins Krankenhaus führt von da der Weg! Daß du mir nicht mehr hingehst!“

Ich verheimlichte hinfort meine Besuche in der Millionnaja, und bald mußte ich sie ganz und gar unterlassen. Ich saß eines Tages mit Ardalion und seinem Freunde Robenok im Hofe eines der Nachtasyle auf dem Schuppendach und hörte zu, wie Robenok seine Fußwanderung von Rostow am Don nach Moskau schilderte. Der Erzähler war ein ehemaliger Sappeur, Georgsritter und Invalide — er hatte im letzten Feldzug gegen die Türkei eine schwere Knieverletzung davongetragen. Er war ein stämmiger Bursche von kleinem Wuchs und hatte eine ganz gewaltige Kraft in den Armen, die ihm jedoch zu nichts nützte, da er seiner Lahmheit wegen nicht arbeiten konnte. Während irgendeiner Krankheit hatte er alles Kopf- und Barthaar verloren, so daß sein Schädel dem eines Neugeborenen glich.

„Ich komme nach Sserpuchow,“ erzählt er, mit den roten Augen blinzelnd, „da seh' ich einen Popen in seinem Garten sitzen. „Väterchen“, sag' ich, „ein Held aus dem Türkenkriege bittet um eine kleine Gabe“ . . .“

„Immer schneid' auf, schneid' auf,“ sagte Ardalion kopfschüttelnd.

„Was ist da aufgeschnitten?“ fragt Robenok, ohne sich weiter verletzt zu fühlen, während mein Freund in lehrhaftem, müdem Tone fortfährt:

„Du bist kein Mensch von Verlaß. Du solltest dir 'ne Stelle als Wächter suchen, wie es die Lahmen immer machen — statt dessen treibst du dich in der Welt herum und schwatzest das Blaue vom Himmel 'runter . . .“

„Ich tu's doch nur Spaßes halber, um mich über die Leute lustig zu machen . . .“

„Solltest dich über dich selbst lustig machen . . .“

Auf dem Hofe, der trotz des trockenen, sonnigen Wetters feucht und dunkel war, erschien eine Frau und rief, irgendeinen Lappen schwingend:

„Wer kauft 'nen Unterrock? Heda, liebe Freundinnen . . .“

Aus allen Winkeln des Hauses kamen die Weiber herbei und umringten die Verkäuferin, die ich sofort erkannt hatte: es war die Wäscherin Natalia. Ich sprang vom Dache herunter und lief ihr nach — sie hatte den Unterrock für den ersten gebotenen Preis losgeschlagen und verließ eben wieder ganz still den Hof. Vor dem Tore holte ich sie ein und begrüßte sie freudig.

„Was gibt's?“ fragte sie kurz und sah mich befremdet an. Dann aber blieb sie stehen und rief erschrocken und entrüstet zugleich:

„Gott erbarme sich! Was machst du denn hier!

Ihre Worte verwirrten und rührten mich zugleich. Ich begriff, daß sie um meinetwillen erschrocken war, und beeilte mich, ihr zu erklären, daß ich in dieser Straße nicht wohnte, sondern nur gelegentlich hineinguckte.

„Was ist denn da zu gucken?“ versetzte sie ärgerlich und spöttisch zugleich. „Guckst wohl den Stromern hier in die Taschen? Oder den Weibern hinters Brusttuch?“

Ihr Gesicht hatte etwas Zerknittertes, unter den Augen lagen tiefe Schatten, und die Lippen hingen welk herunter.

Vor der Tür einer Schenke machte sie halt.

„Komm', trink' ein Glas Tee mit,“ sagte sie. „Gekleidet bist du ja ganz sauber, nicht wie die andern hier, aber ich trau' noch nicht recht . . .“

In der Schenke jedoch gewann sie ihr Vertrauen zu mir wieder. Während sie mir den Tee einschenkte, erzählte sie mit müder Stimme, sie sei erst vor einer Stunde aufgestanden und habe noch nicht gefrühstückt.“ (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Moskau oder Amsterdam?

Zur Bevollmächtigtenwahl im Metallarbeiterverband.

In der letzten Generalversammlung der Metallarbeiter, die die Wahl der Ortsverwaltung vorzunehmen hatte, erhielt der kommunistische Kandidat Walcher die notwendige Unterstützungsstimmenzahl, weshalb nun eine Urwahl am 15., 16. und 17. Juli stattfindet. Der Kandidat unserer Genossen, der auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale steht und deren Prinzipien verficht, ist der bisherige Bevollmächtigte Genosse Ziska.

Diese Wahl ist nicht von ungefähr. Sie hat nicht nur Bedeutung für die Verbandsangehörigen, sondern weite Gewerkschaftskreise nehmen lebhaften Anteil und sind an dem Ausgang derselben sehr interessiert.

Um welche Gegensätze handelt es sich hier, die die beiden Namen Ziska — Walcher verkörpern und welche Bürgschaften leisten die beiden Kandidaten, um als Lenker und Führer der größten Industriegruppe fungieren zu können?

Der Amsterdamer Kandidat, Genosse Ziska, der seinen Posten seit Jahren mit Umsicht verficht, hat jedenfalls den Beweis bereits erbracht, daß er jene Voraussetzungen mit ins Amt brachte, die nun einmal notwendig sind, um eine solche große Verbandsgruppe, wie die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine ist, in allen Wirtschaftsstürmen mit fester Hand und klarem Blick zu führen.

Der kommunistische Kandidat Walcher ist eine unbekannte und daher auch unberechenbare Größe, der besonders in gewerkschaftlichen Dingen ein völlig unbeschriebenes Blatt ist. Politisch steht Walcher voll und ganz auf dem „festen" Boden der Moskauer Gewerkschaftsinternationale, jenem Luftgebilde, das nur mit papiernen Zahlen zu operieren in der Lage ist. Wir haben nur zu oft an dieser Stelle Gelegenheit gehabt, auf Grund amtlichen russischen Materials nachzuweisen, daß die RGI. eine — Seifenblase ist, die zur Hebung ihrer eigenen Mitglieder in Rußland nicht nur nichts leistete, sondern durch ihre innige Verbindung mit dem Moskauer Herrschaftssystem das russische Proletariat widerstandsloser machte und es unbewehrt dem neurussischen Kapitalismus auslieferte.

Solche „reizende" Experimente auch in Deutschland — zur höheren Ehre des Moskauer Olymps — durchzuführen, haben wir keine Veranlassung und insbesondere die Majorität der Metallarbeiter wird es nicht gelüsten, Walchers Spuren zu folgen. Welch gewerkschaftspolitisches „Genie" sich die Kommunisten in der Person Walchers ausgesucht haben, dafür nur einen Hinweis.

Anläßlich des schweren Kampfes der Metallarbeiter in Süddeutschland erklärte in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der KPD. Walcher: „Die Metallarbeiter zum Generalstreik aufzurufen ist Unsinn, sondern wir müssen den Kampf in Süddeutschland zur politischen Aktion steigern. Die Arbeiter Süddeutschlands müssen in einen Solidaritätsstreik treten."

Auf der örtlichen Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle mußte er sich von Dißmann sagen lassen, daß diesen Gedanken zu propagieren nicht nur Unsinn, sondern ein Verbrechen an der süddeutschen Metallarbeiterschaft ist. Denn wenn es wider Erwarten gelungen wäre, die Zentralvorstände der anderen Gewerkschaften zu veranlassen, ihre süddeutschen Mitglieder zu einem Solidaritätsstreik aufzurufen, so hätte man doch diesen die Frage vorlegen müssen, die bereits selbst schon zum größten Teil 48 Stunden arbeiten, ob sie gewillt sind, Not und Entbehrungen auf sich zu nehmen, damit nicht die streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter in Zukunft ebenfalls 48 Stunden arbeiten müssen!

Und was hatte Walcher dagegen anzuführen? „Nun, wir hätten den süddeutschen Arbeitern klar machen müssen, daß es sich nicht um die 46stündige Arbeitswoche, sondern um die Innehaltung des Achtstundentages dreht, und dann hätten wir ruhig eine Abstimmung der in Frage kommenden Arbeiter vornehmen lassen sollen. Wenn die Abstimmung gegen den Solidaritätsstreik ausgefallen wäre, dann hätten wir doch alles versucht."

Stürmische Zwischenrufe der Mehrheit der Generalversammlungsdelegierten mußten Walcher erst zur Kenntnis bringen, daß damit nicht nur die süddeutschen Kollegen um die 46stündige Arbeitswoche gekommen wären, sondern auch restlos in der Lohnfrage und in Fragen des Mantelvertrages eine vollständige Niederlage erlitten hätten und dem Streik damit von vornherein das Genick gebrochen worden wäre.

Das ist Walcher, wie er leibt und lebt, echt Moskauer Prägung, der den Mut aufbringt, als Führer einer großen Gewerkschaftsgruppe fungieren zu wollen!

Bedarf es mehr Hinweise, um darzutun, welche, fast möchten wir sagen, verbrecherische Fahrlässigkeit es bedeuten würde, durch Inaktivität jenem Helden der Phrase zum Siege zu verhelfen? Geht diesen Leuten jeder gewerkschaftliche Blick ab, so haben die Kommunisten gerade in der letzten Zeit politisch gezeigt, daß irgendeine gemeinsame Tätigkeit mit ihnen unmöglich ist.

Daher, Metallarbeitergenossen, rüstet zur Wahl, weist auf die Bedeutung derselben hin, rüttelt die Indifferenten auf und tretet geschlossen an zur Urwahl und stimmt für

Ziska.

Zum Schutz der Republik.

Beiratssitzung der Maschinisten und Heizer.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hatte zum 7. Juli seinen Verbandsbeirat zu einer Sitzung nach Berlin berufen, um Stellung zu nehmen zur neuen Situation, die durch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig geschaffen wurde, durch die besonders die auf beruflicher Grundlage fußenden Gewerkschaften betroffen sind. In der Beiratssitzung konnte festgestellt werden, daß nach wie vor der Zentralverband der Maschinisten und Heizer eine Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen zu verzeichnen hat. Der Verband zählt jetzt ungefähr 106 000 Mitglieder. In einer regen Diskussion wurden die Verhältnisse bezüglich einer Neuformung der Gewerkschaftsbewegung gründlich durchgesprochen und eine Entschließung einstimmig angenommen, die sich gegen jenen Beschluß wendet.

Bezüglich der politischen Kämpfe in der letzten Zeit konnte in der Beiratssitzung vom Verbandsvorstand bekanntgegeben werden, daß die Mitglieder des Maschinisten- und Heizerverbandes sich restlos an der Arbeitsruhe beteiligt haben. Infolge der Geschlossenheit der Organisation und der guten Disziplin wurde überall den Weisungen des Verbandsvorstandes, an der Arbeitsruhe teilzunehmen, Folge geleistet. Erst dadurch, daß die Maschinisten und Heizer in vielen Orten zu der betreffenden Stunde die Maschinen stillsetzten, waren so machtvolle Demonstrationen möglich.

Der Beirat faßte hierzu folgende Entschließung:

„Die politischen Vorkommnisse der letzten Zeit zeigen, daß die Erstarkung der Reaktion zu einer Gefahr für die Republik geführt hat. In Uebereinstimmung mit den Forderungen des ADGB. und den sozialistischen Parteien fordert der Verbandsbeirat die Mitglieder auf, gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft in den künftigen Kämpfen zum Schutze der Republik ihren Mann zu stellen. Soweit bisher Nachrichten vorliegen, haben die Mitglieder unseres Verbandes der Aufforderung des Vorstandes, sich restlos an der Arbeitsruhe zu beteiligen, ohne Ausnahme Folge geleistet. So muß es auch bleiben! Da unsere Mitglieder die Kraftquellen in der Hand haben, soll und darf sich kein Rad mehr drehen, wenn der ADGB. zum Kampfe aufruft oder irgendwelche Maßnahmen zum Schutze der Republik ergriffen werden müssen.

Der Verbandsvorstand und -Beirat werden nach wie vor alles aufbieten, um die politische Kampffront durch geschlossene Betätigung unserer Mitglieder zu stärken und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Forderung des ADGB. zu unterstützen."

Verhandlungen im Bergbau. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird sich der Reichsarbeitsminister im Zusammenhang mit der im Ruhrgebiet bei den Verhandlungen für einen neuen Manteltarif im Bergbau entstandenen Spannung heute abend von Oppeln nach Essen begeben, wo morgen früh die Verhandlungen mit den Bergarbeitern beginnen. Am Freitag wird eine Revierkonferenz der Bergarbeiter in Dortmund zu dem Resultat Stellung nehmen.

Bettelgagen. Zu unserer Sonnabendnotiz unter dem obigen Titel teilen wir der Vollständigkeit wegen mit, daß das erwähnte Schreiben des Feenpalastes im Seebad Ahlbeck nicht an einen Musiker, sondern an das Konzertbureau Cemeriner gerichtet war und daß dieses die freche Zumutung, Musiker ohne feste Arbeitszeit und ohne feste Gage zu vermitteln, selbstverständlich abgelehnt hat. Die Musiker werden noch einmal dringend gewarnt, Engagements unter solchen Bedingungen nicht anzunehmen.

Reichsdruckerei. Betriebsversammlung aller Streikenden am Dienstag, den 11. Juli, abends 6 Uhr, im „Sportpalast", Potsdamer Straße 72. Der Betriebsausschuß.

Reichsdruckerei-Buchdrucker. Die Vertrauensleute und Delegierten treffen sich heute um ½10 Uhr im Hof des Gewerkschaftshauses. Der Obmann.

Nähmaschinenbranche! Dienstagabend 5 Uhr wichtige Versammlung in der Schulaula am Koppenplatz, nahe Linienstraße.

Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Parteiveranstaltungen.

Dienstag, den 11. Juli.

9. Distrikt. 1. Abteilung. Kommunale Kommission. Sitzung 7½ Uhr bei Kroß, Utrechter Str. 21. Vortrag des Genossen Bahle.

2. Verwaltungsbezirk (Tiergarten). Heute Beginn der Ferienausflüge nach der Vogelwiese, Plötzensee. Treffpunkt der Kinder morgens ½9 Uhr am Kriegerdenkmal, Kleiner Tiergarten. Abmarsch 9 Uhr. Proviant ist mitzubringen.

19. Distrikt (Kreuzberg). Die Funktionärkonferenz fällt aus.

Mittwoch, den 12. Juli.

13. Distrikt, 1. Abt. Gemeinsamer Zahlabend Schulaula Driesener Straße, abends ½8 Uhr. Referat und Geschäftliches.

18. Distrikt. (Kreuzberg.) Der Zahlabend findet gemeinschaftlich für den ganzen Distrikt in der Schulaula Wassertorstr. 31 statt. Vortrag vom Genossen Professor Ballod.

6. Verwaltungsbezirk Kreuzberg. Kinderschutzkommission. Kinder, die an den Ferienspielen der Arbeitsgemeinschaft „Kinderfreunde" Mittwochs und Sonnabends nachmittags teilnehmen, versammeln sich zum ersten Male Mittwoch, den 12. Juli, nachmittags 2 Uhr, an folgenden Stellen: Görlitzer Bahnhof (Zeitungskiosk), Prinzen-, Ecke Gitschiner Straße (Hochbahn), und Kaiser-Friedrich-Kirche (Hasenheide).

Süden. Mitgliederversammlung, Schule Wassertorstr. 31. Zimmer, nicht 71, im Restaurant. Die letzten Vorgänge in der Gruppe sowie wichtige Fragen (Jugendheim, Mitarbeit im Jugendbund) machen die Versammlung notwendig. Bezirksführer sind verpflichtet, jeden Genossen einzuladen.

9. Verwaltungsbezirk. (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald.) Zahlabend 8 Uhr. 1. Abteilung bei Scholle, Schwenbalber Str. 10. 2. und 3. Abteilung bei Kulla, Lauenburger Straße. 4. Abteilung bei Schäfer, Augustastraße 30. Schmargendorf wie bisher.

Schöneberg-Friedenau. ½8 Uhr an Stelle des Zahlabends Mitgliederversammlung in den neuen Rathaussälen Martin-Luther-Str. 68.

Schöneberg-Friedenau. Der Treffpunkt der Kinder für die Ferienkolonie ist täglich ½10 Uhr Bahnhof Großgörschenstraße. Trinkgefäße mitbringen!

15. Verwaltungsbezirk. (Abteilung Johannisthal.) 7½ Uhr Mitgliederversammlung. Schulaula, Ecke Friedrichstraße. Vortrag.

Lichtenberg-Stadt. 1. Viertel. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Schriewert, Friedrich-Karl-Str. 11, Ecke Scharnweberstraße. Die Genossen werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Vereinskalender.

Dienstag, den 11. Juli 1922.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Lichtenberg, Bezirk 31. Mitgliederversammlung im Cäcilien-Lyzeum, Rathausstr. 8, abends 7½ Uhr. Referat über Reichsmietengesetz.

Mittwoch, den 12. Juli 1922.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung [illegible] II, Lamperts Festsäle, Schönhauser Allee 129. — 7½ Uhr Funktionärversammlung der Metallindustrie im Weißen Saal der Sophiensäle, Sophienstraße 17/18, abends 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiterverband. Mitgliederversammlung des Bezirks 21 nachmittags 4 Uhr im Lokal Wilhelminenhof, Oberschöneweide. Tagesordnung: Bericht vom Gewerkschaftskongreß des Kollegen [illegible]; 2. Stellungnahme zur Neuwahl des Bevollmächtigten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Die Bezirksleitung.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin, für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen Ludwig Romeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Achtung! **Achtung!**

Metallarbeiter der USPD.

Fraktionsversammlungen der USPD.-Metallarbeiter finden in sämtlichen Bezirken am Donnerstag, den 13. Juli 1922, nachmittags 4½ Uhr in unten bezeichneten Lokalen statt:

1. Bezirk (Weißensee bis Alexanderplatz) im Lokal von Masche, Weißensee, Berliner Allee 251.
2. „ Andreasfestsäle, Berlin O 27, Andreasstr. 21.
3. „ Cäzilien-Lyzeum, Lichtenberg, Rathausstr. 8.
4. „ Schulaula, Rudolfplatz, Goßlerstr. 60/61.
5., 7. Bezirk Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 47.
6. Bezirk (Tempelhof), Bürgergarten, Am Bahnhof, (Neukölln), Idealkasino, Weichselstr. 8. (Treptow), Gesellschaftshaus von Braun, am Bahnhof Treptow.
8., 8a, 9., 10. Bezirk Gewerkschaftshaus, Saal 3, Engelufer 24/25.
11. Bezirk —
12. „ Unter den Eichen, Lichterfelde-West.
13. Bezirk —
14. Kürschner-Oberrealschule, Zwinglistr. 2.
15. Jugendheim, Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 110.
16. „ Schulaula, Ruheplatz 5/7.
17. „ bei Müller, Scheringstr. 10.
18. „ (Zentrum) Hummel, Sophienstr. 5.
19. „ Gliesche, Kopenhagener Str. 74.
20. „ (Gesundbrunnen, Reinickendorf-Ost, Rosenthal, Pankow, Schönholz, Heinersdorf, Buchholz) Schulaula, Grünthaler Str. 5.
21. „ (Oberschöneweide, Niederschöneweide, Adlershof) Lokal von Schöps, Grünauer Str. 8.
22. „ (Friedrichshagen, Köpenick) bei Schulz, Köpenick, Bahnhofstr. 31.
23. „ (Spandau), Hauptbahnhof, Germaniasäle, Stresowplatz 19.

Das Erscheinen aller USPD.-Mitglieder ist unbedingt Pflicht. Sympathisierende können eingeführt werden.

Da in diesen Lokalen das Material zur Wahl ausgegeben wird, muß jeder Betrieb unbedingt vertreten sein.

Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

Der Fraktionsvorstand.